

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrunner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Anzeige für die viergespaltene Postkarte oder deren Raum 50 Pfg.
Vergütung für Anzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zum Gewerkschaftskongress.

Am 25. April d. J. tritt in Berlin ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress zusammen, der von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufen wurde, um zu dem neuen Entwurf einer Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Aus allen Ecken Deutschlands werden die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammenströmen und ihre Meinung über das angebliche Reformwerk der Regierung kundgeben, nach dem sich für das nächste Jahrzehnt, vielleicht sogar noch auf weiter hinaus, die deutsche Sozialgesetzgebung gestalten soll. Leider werden nicht die Vertreter aller Arbeiter anwesend sein! Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben es in unbegreiflicher Verblendung und Kurzsichtigkeit abgelehnt, der Einladung der Generalkommission zu folgen, angeblich, weil sie sich bereits an einer Konferenz beteiligen, die die „Gesellschaft für soziale Reform“ einberufen hat. Dieser Standpunkt ist außerordentlich zu bedauern, denn die Wichtigkeit der Sache, um die es sich hier handelt, hätte es erfordert, daß alle kleinen Bedenken und Mühsalheiten hintenangestellt wurden und sich alle Arbeiter, gleichgültig, welcher politischen oder gewerkschaftlichen Richtung sie angehörten, zu einer wichtigen und eindrucksvollen Kundgebung vereinigt hätten! Die tief einschneidenden Änderungen, die der Regierungsentwurf für die Arbeiterversicherung vorzulehnen, machten ein solches Zusammengehen aller Arbeiter notwendig. Der Regierung mußte gezeigt werden, daß sich die Arbeiter in ihren Forderungen in bezug auf die Reichsversicherungsordnung durchaus einig sind, einig auch in der Beurteilung der Mühsallosigkeit, mit der die Regierung, nur den Wünschen der Unternehmer folgend, nicht achtend über die Wünsche der Arbeiter hinwegging! Ein solches gemeinsames Vorgehen bereitet zu haben, dafür trifft die Führer der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften allein die Verantwortung. Nur zu bald wird sich zeigen, wie töricht und kurzsichtig sie handelten, fördern sie mit ihrer Haltung doch nur die Geschäfte derjenigen Kreise, die jedem sozialpolitischen Fortschritt als Gegner gegenüberstehen.

Unser Nachteil ist das nicht! Auch ohne die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wird sich der diesjährige außerordentliche Gewerkschaftskongress zu einer imponierenden Kundgebung gestalten; dafür werden die freien Gewerkschaften schon sorgen! In diesem Sinne haben sich auch bereits die Vorarbeiten bewegt, die von der Generalkommission im Verein mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei eingeleitet wurden. Um eine eingehende Stellungnahme zu der Reichsversicherungsordnung und eine entsprechend parlamentarische Aktion zu ermöglichen, ist eine Anzahl Sachverständiger aus den Kreisen der Arbeitersekretäre, Krankenkassenangestellten und sonst sozialpolitisch und parlamentarisch tätigen Personen in Berlin zusammengetreten, die das für die Beratung des Regierungsentwurfes erforderliche Material zusammentragen und bearbeiten sollen. Eine auf weiterer Basis einberufene Konferenz der den gleichen Kreisen angehörigen Personen wird noch vor dem Gewerkschaftskongress zusammenkommen und sich mit der gleichen Materie befassen. Der Gewerkschaftskongress findet somit eine umfangreiche und sorgfältig vorbereitete Grundlage für seine Beratungen vor, die ihm die Behandlung der gestellten Aufgabe ganz bedeutend erleichtert. Infolgedessen ist vorauszuversetzen, daß der Kongress gute und allseits befriedigende Arbeit leisten wird. Auch er wird aufs neue den Beweis erbringen, daß es nicht an uns liegt, wenn auf sozialpolitischem Gebiete nur so geringe Fortschritte gemacht werden.

Darüber besteht keinerlei Zweifel, daß der Gewerkschaftskongress sich auch mit der durch den neuesten Regierungsentwurf gebotenen Form einer Reichsversicherungsordnung nicht zufriedengeben kann. Gegen eine solche Lösung dieser Frage kann es nichts anderes geben als den härtesten Protest! Enthält doch der Entwurf eine Anzahl Bestimmungen, die nicht nur keine Verbesserung des bestehenden Zustandes, sondern sogar eine Verschlechterung schlimmerer Art bedeuten. Greifen

wir nur die Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge heraus, die nichts anderes bezwecken soll, als dem Selbstverwaltungswesen der Arbeiter in der Krankenversicherung den Garau zu machen! Von einer Vereinfachung der Arbeiterversicherung ist keine Rede; es bleibt vielmehr das alte Nebeneinanderbestehen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung mit ihren durchaus voneinander verschiedenen Versicherungsträgern. Die alte, seither so oft beklagte Unübersichtlichkeit der Arbeiterversicherung erfährt also keinerlei Änderung, im Gegenteil wird sie noch durch die Anfügung der Hinterbliebenenversicherung erhöht. Auch die Leistungen der Arbeiterversicherung erfahren keine Erhöhung, obwohl die außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreise eine solche dringend nahelegen. Dagegen bleibt nach dem Entwurf die für die Verletzten so ungünstige Berechnung der Unfallrenten aus nur zwei Dritteln des Jahresarbeitsverdienstes unverändert bestehen, wie auch die Versicherungsgenossenschaften das Recht behalten, nach wie vor die armen Verletzten durch ihre Rentendrückerei in weitgehendstem Maße zu schikanieren. Geradezu lächerlich gering sind die Renten, die den Witwen und Waisen verstorbener Arbeiter geboten werden sollen. Was hier den Arbeitern angesonnen wird, ist empörend und schlägt allem sozialen Empfinden ins Gesicht!

So treten uns auf Schritt und Tritt überall Ungünstigkeiten, wenn nicht Schlimmeres entgegen! Die Regierung zeigt auch bei diesem Gesetzentwurf, daß sie sich lediglich als die Vertreterin der bestehenden Klassen fühlt und für sie nur die Wünsche und Forderungen eines an Ueberhebung und Herrendünkel krankenden Scharmachtertums maßgebend sind. Und zwar tritt dies in nackter und unverhüllter Form klar und deutlich zutage. Das eine Gute ist freilich damit verbunden. Die Arbeiter wissen, woran sie sind und daß sie aus freien Stücken, ohne Zwang von der herrschenden Klasse nichts erhalten! Hierüber kann es keine Täuschung geben! Das ist immerhin etwas wert. Um so notwendiger erscheint es daher, daß die Arbeiter gegen ein solches System energisch ankämpfen und alle Kraft daran wenden, es zu Fall zu bringen. Der Gewerkschaftskongress wird zu seinem Teil dazu beitragen, den Arbeitern in diesem Kampfe die Waffen zu liefern, deren sie zur Ueberwindung ihres kapitalistischen Gegners bedürfen.

In diesem Sinne begrüßen wir die sich in Berlin versammelnden Delegierten und heißen sie aufs herzlichste willkommen. Sie finden eine ernste und schwere Aufgabe vor. Es gilt, darüber zu beraten, wie die heutigen sozialen Schäden in ihrer Wirkung auf die Arbeiter gemildert werden können, um sie so für den Kampf um ihre politische und wirtschaftliche Befreiung starker und widerstandsfähiger zu erhalten. Wegen ihrer Beratungen allüberall in Arbeiterkreisen das notwendige Echo finden und dasjenige Interesse hervorrufen, dessen es bedarf, um die für eine fortschrittliche Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung einzuleitende Aktion im Sinne einer wirklichen sozialen Reform zum guten Ende zu führen.

Die Generalkommission veröffentlicht nunmehr folgende vorläufige Tagesordnung für den außerordentlichen (Siebenten) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Die Reichsversicherungsordnung.
 - a) Krankenversicherung. Referent: Gustav Bauer, Berlin.
 - b) Unfallversicherung.
 1. Gewerbe- und landwirtschaftliche Unfallversicherung. Referent: Rudolf Wissell, Berlin.
 2. See-Unfallversicherung. Referent: Paul Müller, Hamburg.
 - c) Invalidenversicherung. Referent: Johannes Timm, München.
 - d) Hinterbliebenenversicherung. Referent: Friedrich Lesche, Hamburg.

Der Kongress wird am 25. April 1910, vormittags 10 Uhr eröffnet und wird bis einschließlich 28. April tagen. Die Adresse des Vollkomitees ist: K. Förster, Berlin SO. 16, Engelufer 16.

Wirtschaftliche Rundschau.

Dr. Die Ära der Zahlungseinstellungen im Holzhandel scheint noch immer nicht überstanden zu sein. Wenigstens erfahren wir von Zeit zu Zeit von kleineren Insolvenzen in Provinzorten. Im Holzhandel sind in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Firmen groß und ihre Inhaber wohlhabende, oft auch reiche Leute geworden. Freilich gehörte zum Betrieb eines gewinnbringenden Geschäftes reichlich Kapital oder mindestens viel Kredit, um Konjunkturschwankungen überwinden zu können. Auf der einen Seite erfordert schon der Einkauf erhebliche Warenmittel, schon um mit einem reichsortierten Lager den Kunden aufwarten zu können. Diese Summen liegen lange Zeit fest; die Zahlungsfristen sind bestimmt und relativ kurz. Auf der anderen Seite aber muß der Holzhändler einem großen Teil seiner Kunden lange Kreditlinien können und muß Verzögerungen in der Bezahlung sowie auch Ausfälle ertragen können. Dazu gehört eine große Kapitalkraft, die freilich auch bei erfolgreicher Geschäftspolitik belohnt wird. In den letzten Jahren, als die Bauaktivität viel zu wünschen übrig ließ und infolge der gewerblichen Krise die Arbeitgelegenheit im Holzgewerbe gedrückt war, kamen nun die Holzhändler ins Gedränge. Nicht nur, daß sie die Wechsel ihrer Schuldner prolongieren mußten, sie sahen sich auch oft genötigt, die Insolvenzen eines Kunden dadurch zu verhüten, daß sie Mittel und Wege schafften, den Kunden zahlungsfähig zu erhalten. Denn anderenfalls wäre für sie ein hoher Verlust sicher gewesen. In dieser ängstlichen Zeit ist mancher Firma im Holzhandel das Wasser bis an den Hals gegangen, und nur durch weitgehende Unterstützung von dritter Seite gelang es oft, über die gefährlichen Situationen vorbeizukommen. Einige Opfer aber erforderte diese kritische Periode doch, und die neuerlichen Insolvenzen sind die letzten Ausläufer dieser gefährlichen Zeit. Schon seit längerer Zeit macht sich wieder eine stichtliche Belebung und Besserung des Holzgeschäftes bemerkbar, so daß nicht nur die älteren und schon großen Firmen wieder steigende Umsätze haben, sondern auch junge Firmen, die wohl wissen, daß in normalen Zeiten am Holzhandel ein schönes Stück Geld verdient wird, erobern sich einen Teil des stetig steigenden Absatzes.

Wie lange freilich wird diese Belebung anhalten, wenn die Aussperrung im Baugewerbe die beschränkten Dimensionen annimmt und von längerer Dauer ist. Dann wird das gesamte Holzgewerbe ganz empfindlich betroffen werden, und der jetzige Zug zur Besserung könnte bald einer Stokung weichen müssen. Denn einen großen Teil seiner Aufträge erhält das Holzgewerbe zweifellos durch die Bauaktivität. Die Bauaktivität würde in ihrem ganzen Umfang sehr bald in Mitleidenschaft gezogen werden, und eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit könnte nicht ausbleiben. Die schlimmsten Fälle, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt bald geltend machen werden, sind die, bei denen die Ausführung eines schon übernommenen Auftrages um mehrere Wochen verschoben werden muß. Neue Arbeitsgelegenheit ist in dieser Zeit nicht zu erhalten, das Personal oft aber schon auf eine größere Warenherstellung berechnet; im Vorrat kann man nicht arbeiten, kurz, eine ganze Reihe von Betrieben werden bald sich in die Notwendigkeit berufen sehen, ihre Leistung herabsetzen zu müssen. Das führt aber zu Arbeitszeitverkürzungen und auch zu direkten Entlassungen. Wenn auch nach einer Reihe von Wochen das Versäumte nachzuholen versucht wird, so ist doch der Arbeitsmarkt längere Zeit geschädigt, und ein nachheriges forciertes Arbeiten bringt auch insofern keine Nachteile mit sich, als bei einem gesteigerten Arbeitsbedarf ein Zugang nach einigen Berufen des Holzgewerbes, vor allem nach der Tischlerei, großgezogen wird, der sich bei der Wiederherstellung einer normalen Tätigkeit alsbald in einem merklichen Ueberangebot bemerkbar machen würde. Das sind in kurzem die wirtschaftlichen Gefahren, die dem Arbeitsmarkt im Holzgewerbe von einem längeren und umfangreichen Kampfe im Holzgewerbe drohen. Man wird aus diesem Grunde schon den Verlauf des Kampfes mit großer Spannung verfolgen. Vom Standpunkte des Holzhandels äußerte sich kürzlich der Vorstand des Berliner Holzkontor-V. G. in deren Generalversammlung dahin, daß sich die Situation wegen des Kampfes im Baugewerbe nicht übersehen lasse. Aber wenn in Berlin der Kampf vermieden würde, würde doch eine Aussperrung im übrigen Deutschland auf den Berliner Holzhandel nicht ohne Einfluß bleiben. Denn es lasse sich noch gar nicht absehen,

wie viele kleine schwache Firmen gezwungen werden würden, ihre Zahlungen einzustellen.

Eine Frage von großer wirtschaftspolitischer Tragweite ist die Frage der Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit in einem Gewerbe. Nun ist eine genaue Beantwortung dieser Frage auf Grund unserer heutigen Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse noch ganz und gar unmöglich, aber wir haben doch schon für eine Reihe von Gewerben Elemente, die uns über dieses wichtige Problem einige Aufklärung verschaffen können.

	Lohnsumme	Kapitalanteil
1905	848,07	180,48
1906	865,79	164,44
1907	885,97	192,69

Setzt man in jedem Jahre Kapitalanteil und Lohnsumme gleich 100, so stellte sich der Anteil des Lohnes in den drei Jahren auf 71,2 bzw. 69,0 und 74,6, während der Kapitalanteil 28,8 bzw. 31,0 und 25,4 betrug.

	die Zahl der Holzarbeiter	das Unternehmungskapital in Millionen Mark
1905	389 945	1584,48
1906	387 101	1661,05
1907	409 206	1755,90

Berücksichtigen wir noch den Wert des Holzquantums, das jährlich in Deutschland verarbeitet wird, zwar nicht ausschließlich vom Holzgewerbe, so erhalten wir ein weiteres Element einer Schätzung des Produktionsertrages für das Holzgewerbe nahe zu kommen.

Die Aussperrung der Bauarbeiter.

Alle Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, sind gescheitert. Die Scharfmacher im Baugewerbe halten den Augenblick für geeignet, den vernichtenden Schlag gegen die Arbeiterorganisation zu führen; sie glauben sich stark genug, zumal sie sich der Unterstützung anderer Scharfmacherorganisationen versichert haben.

Am 15. April hat nun tatsächlich die Aussperrung der Bauarbeiter in ganz Deutschland ihren Anfang genommen. Ueber den genauen Umfang des Kampfes liegen positive Angaben noch nicht vor.

Die Unternehmer sind natürlich darauf bedacht, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und sich als die Harmlosen hinzustellen, die nur durch den Starrsinn

der Arbeiter zu ihren Maßnahmen getrieben wurden. Die Dinge liegen aber für jedermann so offen zutage, daß es vergebliche Mühe ist, die wahren Tatsachen vertuschen zu wollen. Die Arbeiter haben keinerlei Forderungen gestellt. Der Streik dreht sich um das von den Unternehmern aufgestellte Vertragsmuster, welches Bestimmungen enthält, die von den Arbeitern unmöglich akzeptiert werden können.

Es bedarf keiner langen Auseinandersetzung, um es verständlich zu machen, daß die Arbeiterorganisationen diese Forderung mit aller Entschiedenheit bekämpfen müssen, wenn anders sie nicht auf ihre Existenzberechtigung verzichten wollen.

In der „Frankfurter Zeitung“ werden diese Folgen in recht anschaulicher Weise ausgemalt. Bei 400 000 Aussperrten beträgt der tägliche Lohnausfall, wenn ein Durchschnittstageslohn von 3 Mk. zugrunde gelegt wird, 1 200 000 Mark.

Zu der Frage: Haben zu Weihnachten Entlassungen stattgefunden? ist zunächst von Berlin zu berichten, daß, wie alljährlich in der Leisten- sowie in der Rahmenbranche eine Anzahl Kollegen entlassen wurden.

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß es ein äußerst schwerer Kampf ist, den die Bauarbeiter zu führen gezwungen sind. Und er bleibt auch nicht auf die Bauarbeiter beschränkt; auch unser Holzarbeiterverband dürfte sehr ernstlich in Mitleidenschaft gezogen werden.

nicht zu verzagen. Selten lag es so klar zutage wie bei diesem Kampf, daß die Unternehmer die Ruhestörer sind. Die Arbeiter haben den ihnen aufgedrungenen Kampf angenommen und sie werden ihn mit Ernst und Umsicht zu einem guten Ende führen.

Situationsbericht aus der Vergolderbranche.

Im wieder einen Bericht über die allgemeine Lage unserer Branche im letzten halben Jahre zu geben, ist von Seiten der Zentralkommission am 7. Februar d. J. eine Umfrage an 64 Orte, an denen sich noch unserer Kenntnis Kollegen befinden, ergangen.

Auf die Frage bezüglich des Geschäftsganges im dritten Quartal 1909 haben folgende Orte für die Leistenbranche mit flau resp. schlecht geantwortet: Amberg, Düsseldorf, Guben, Gradow, Hamburg, Leipzig, Ulm, Strelitz; mit mittelmäßig: Berlin, Brandenburg, Erfurt, Kiel, München, Stendal; mit gut: Burg, Fürth, Gelsenkirchen, Köln, Lauterbach, Meerane, Parchim.

Zu der Frage: Haben zu Weihnachten Entlassungen stattgefunden? ist zunächst von Berlin zu berichten, daß, wie alljährlich in der Leisten- sowie in der Rahmenbranche eine Anzahl Kollegen entlassen wurden.

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt pro Woche: Amberg 1 Betrieb 57 Stunden, 1 Betrieb 59 Stunden, Berlin (nach der im September 1909 aufgenommenen Statistik) 2 Betriebe 48 Stunden, 1 Betrieb 50 1/2 Stunden, 20 Betriebe 51 Stunden, 8 Betriebe 52 Stunden, 2 Betriebe 52 1/2 Stunden, 15 Betriebe 53 Stunden, 4 Betriebe 53 1/2 Stunden, 9 Betriebe 54 Stunden, 1 Betrieb 56 1/2 Stunden, 1 Betrieb 57 Stunden, 3 Betriebe 59 Stunden, Brandenburg 58 Stunden, Breslau 60 Stunden, Burg 55 Stunden, Dresden 1 Betrieb 59 Stunden, die anderen Betriebe 57 1/2 Stunden, Düsseldorf 54-60 Stunden, Frankfurt a. O. 56 Stunden, Fürth 54 Stunden, Gelsenkirchen 59 Stunden, Gölitz 59 Stunden, Gradow 60 Stunden, Guben 60 Stunden, Hamburg-Altona 1 Betrieb 56 Stunden, die anderen Betriebe 55 1/2 Stunden, Hannover 54 Stunden, Kiel Leisten 48 Stunden, Rahmen 57-60 Stunden, Köln 3 Betriebe 57 Stunden, 1 Betrieb 58 Stunden, 8 Betriebe 59 Stunden, Lauterbach 60 Stunden, Leipzig 52-53 1/2 Stunden, Meerane 54 Stunden 20 Minuten, Münster 54 Stunden, Nürnberg 54-60 Stunden, Parchim Vergolder 57 Stunden, Verfassungsgenossen und Hilfsarbeiter 68 Stunden, Posen 1 Betrieb 57 Stunden, in den anderen unregelmäßige Arbeitszeit, Stendal 54 Stunden 5 Minuten, Strelitz 56 Stunden, Ulm 57 Stunden, Wiesbaden 60 Stunden, Zürich 53 Stunden.

Aus den Berichten wäre noch hervorzuheben, daß in Amberg durch den bezunglückten Streik eine Abnahme der Mitgliederzahl stattgefunden hat. In Berlin sind die oben angegebenen Arbeitszeiten noch verkürzt worden, da die Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit erst nach der

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Fischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Finsterwalde (Hubert u. Ulrich), Georgswalde in Böhmen, Leer in Ostfriesland (C. R. Neuter), Stray bei Essen (Heymann), Vöbau (Planofabrik Köster), Minden i. Westf. (J. Schmidt), Rabenau (Wachmann), Ruffenhäuser, Sorgen-Glarus und Manireuz (Firma Albert Held) in der Schweiz.
- Mobellischler, Viefelb (W. Bitter).
- Korbmachern nach Kuchschendroba.
- Drechsler nach Agnetendorf, Reinfeld i. Holfst. (Brüer), Stargard i. Pommern (Mehrholtz).
- Klaviermachern nach Vöbau i. S. und Georgswalde in Böhmen (Köster), Zürich (Kohrdorf u. Co.).
- Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Charlottenburg (Sofwagenfabrik M. Leuschner vormals Kuhlstein), Eisenach (Hilfinger vorm. Walzer), Seibronn.

Aufnahme der Statistik vorgenommen wurde, und zwar in einem Betrieb mit 40 Personen um 1/2 Stunde wöchentlich, in 8 Betrieben mit 200 Personen um 1 Stunde, in einem Betrieb mit 10 Personen um 1 1/2 Stunden, in 11 Betrieben mit 254 Personen um 2 Stunden, in einem Betrieb mit 7 Personen um 4 Stunden, so daß wir wohl behaupten können, wenn in Berlin bei Aufnahme der Statistik noch die durchschnittliche Arbeitszeit sich schon mehr als 51 Stunden nähert. Desgleichen wurden auch in Berlin im vierten Quartal in einigen Betrieben früher stattgefundenen Lohnabzüge durch geforderte Lohn-erhöhungen wieder ausgeglichen. Es war dies jedoch nur durch den geschlossenen Zusammenhalt der in den Betrieben beschäftigten Kollegen möglich. Von Brandenburg wird uns berichtet, daß dort ein Teil der Kollegen vor Weihnachten einige Wochen Überstundenarbeit geleistet hat. Des weiteren ist zu bemerken, daß sich dort gerade in der Fabrikation ein Umschwung bemerkbar gemacht hat. Während früher auf vergilberte farbige Leisten circa 16 Kollegen beschäftigt waren, sind es jetzt nur noch 8; dagegen hat die Fabrikation von Varod, naturpolierten Holz- und gewöhnlichen glatten Leisten gegen früher zugenommen. In Dresden waren im ganzen Jahre keine arbeitslosen Kollegen zu verzeichnen, im Gegenteil wurden noch Kollegen von auswärts eingestellt. Des ferneren sind von Seiten des dortigen Magistrats in diesem Jahre vorzunehmende größere Arbeiten der Stadt den dortigen Meislern zur Ausführung übertragen worden, so daß der gute Geschäftsgang jedenfalls noch längere Zeit anhalten wird. In Erfurt haben sich die Organisationsverhältnisse leider noch nicht gebessert, da nach Erklärung der dortigen Ortsverwaltung alle Versuche und Bemühungen, an die dort beschäftigten Kollegen heranzukommen, bisher immer gescheitert sind. Ueber die Verhältnisse in Frankfurt a. M. wird uns von unserem früheren Sektionsleiter leider mitgeteilt, daß sich die dortige Sektion aufgelöst hat und der größte Teil der Kollegen aus der Organisation ausgestiegen ist und jetzt teilweise dem Malerverbände angehört. Es sind diese Verhältnisse sehr zu bedauern. Von Zürich wird uns mitgeteilt, daß für Gold- und Politurellistenarbeiter seit zwei Jahren ein Tarif besteht. Der Arbeitsnachweis ist von Seiten der Unternehmer anerkannt und werden Arbeitskräfte nur durch denselben eingestellt. Aus Grawob wird berichtet, daß dort von Januar bis Mitte Mai voll gearbeitet wurde, nachdem 8 Wochen 8 Stunden weniger pro Tag. Von Anfang Juni bis Anfang August wurde nur halbe Tage gearbeitet, von da ab bis Anfang November wieder voll, und nachdem bis zum Jahresabschluss wieder nur 6 Stunden täglich. Es wird weiter berichtet, daß sich dort innerhalb des Betriebes einige Kollegen befinden, welche nicht für die Organisation zu haben sind, und gerade diese Kollegen beklagen sich bei den Firmeneinhabern, wenn von irgendeiner Seite versucht wird, sie zur Organisation heranzuziehen. Ferner arbeiten diese Kollegen, da dieselben für gewöhnlich nur Gardinenhängen machen, bei Politurellisten noch 15-30 Proz. billiger als die anderen im Betrieb beschäftigten Kollegen. Diese Kollegen sollen bei angestrebter Arbeit höchstens 18 M. pro Woche verdienen, und der sogenannte Vorarbeiter soll sogar den horrenden Lohn von 16,50 M. erhalten. Etwas Erfreuliches ist diesmal aus Guben zu berichten, insofern, als die Organisationsverhältnisse sich gebessert haben und die Kollegen jetzt regelmäßig die Versammlungen besuchen. Es ist daraus zu ersehen, daß die Kollegen den Vorwurf des Unternehmers: „Ihr seid ja nicht organisiert“, nicht verpassen haben, und suchen das Veräumte jetzt nachzuholen. Es besteht jetzt ebenfalls, wie schon früher einmal, wieder eine Kommission zur Festsetzung der Preise. Offentlich gelingt es uns nun doch einmal, mit Hilfe der Organisation auch dort bessere Verhältnisse zu schaffen. Von Hamburg-Altona ist leider zu berichten, daß dort die Verhältnisse nicht besser werden, da das Zwischenmeister-System, in den Fabriken selbst, statt abzunehmen, eher mehr im sich greift. Aus Meerane wird beklagt, daß Kollegen zu geringeren Löhnen eingestellt worden sind, als dort vereinbart sind. Deshalb ersuchen wir die Kollegen, sich bei Anfragen um Arbeit stets erst an den Sektionsleiter zu wenden. In München wird jetzt von Seiten der Firmen in der Rahmenbranche wieder versucht, Lehrlinge einzustellen, wodurch sich die Herren feinerzeit bei den Tarifverhandlungen gegen die große Lehrlingszuchterei ausgesprochen hätten. Bezüglich der Leistenarbeiter kann kein genauer Bericht gegeben werden, da dieselben mit Genehmigung der

Ortsverwaltung eine eigene Abteilung unter Leitung eines Vertrauensmannes bilden, welche monatlich ihre besonderen Versammlungen abhält. Die Kollegen haben trotz der Aufforderung in der „Solgarbeiter-Zeitung“ keinen Bericht eingekandt. In Nürnberg liegt der Geschäftsgang schon seit Jahren sehr schlecht, so daß mehrere Kollegen schon gewungen waren, den Beruf zu wechseln. Die Kollegen, welche diesen Schritt getan haben, bereuen es nicht, da dieselben seitdem wenigstens mit keiner Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten. Von Wosen wird uns gemeldet, daß die Mehrzahl der Kollegen in einem Kirchenbaugeschäft beschäftigt ist. Organisiert ist zurzeit keiner der Kollegen, einige waren vor einem Wildhauerstreik in der betreffenden Werkstatt organisiert, jedoch nach Erledigung desselben haben die Kollegen die Mitgliedschaft wieder fallen lassen.

Wie schon im August durch die „Solgarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt, wurde in Zürich der dort bestehende Vertrag seitens der Unternehmer gekündigt zwecks Abschaffung der Lohnarbeit und Einführung der Akkordarbeit. Es kam demgegen zum Streik; jedoch nach dreitägigem Streik wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen. Das Resultat war in den Hauptpunkten: Verbeibehaltung der Tagelohnarbeit, neunständige Arbeitszeit, 8 Proz. Lohnerhöhung, Festsetzung der Mindestlöhne für Hilfsarbeiter 4,75 Fr., für Berufsarbeiter 5,75 Fr. Des weiteren werden Arbeitskräfte nur durch den Arbeitsnachweis eingestellt und wird unbedingte Organisationszugehörigkeit streng verlangt, worauf wir die Kollegen hiermit nochmals ganz besonders aufmerksam machen.

In letzter Zeit sind von einzelnen Sektionen Vorwürfe gegen die Zentralkommission erhoben worden, die wir ganz entschieden zurückweisen müssen, da die Mängel doch nur an der Interesslosigkeit der Kollegen in den einzelnen Orten selbst liegen. Würden die Kollegen mehr Interesse für die Organisation bekunden und dafür sorgen, daß die Zentralkommission von allen Vorgängen innerhalb der einzelnen Orte unterrichtet wird, und ferner mindestens vierteljährlich einen Bericht über die allgemeine Geschäftslage erhält, so würden wir dies mit Freuden begrüßen, und die Kollegen hätten keine Ursache, mit derartigen Vorwürfen zu kommen. Im Anfang Juli vorigen Jahres hatten wir ein Rundschreiben an alle Orte erlassen; es hat jedoch nicht einmal die Hälfte geantwortet. Aus diesem Grunde nahmen wir von einer Veröfentlichung des damaligen Materials Abstand, da das Bild doch nicht vollständig gewesen wäre. Ähnlich liegt es auch bei diesem Bericht, indem, wie schon im Anfang bemerkt, 22 Orte auf unsere Anfrage überhaupt nicht geantwortet haben. Die mangelhafte Berichterstattung liegt also nicht an der Zentralkommission, sondern an den Kollegen der einzelnen Orte. Darum, Kollegen, unterstützt die Zentralkommission mehr in dem Betreiben, die Führung untereinander aufrecht zu erhalten, und sorgt dafür, daß wir von allen Vorkommnissen unterrichtet werden, um gegebenenfalls bei Anfragen jederzeit die richtige Auskunft geben zu können. Ueber unsere Stellungnahme zu der angeregten Branchenkonferenz werden wir nach statgehabter Sitzung berichten.

Die Zentralkommission der Bergolber.
J. A.: Carl Langner, Berlin NO. 18,
Landsberger Straße 108.

Verbandsstag des Schweizerischen Solgarbeiterverbandes.

Ende des vorigen Monats fand in Zürich der Verbandsstag des Schweizerischen Solgarbeiterverbandes statt. Anwesend waren neben den Vertretern des Verbandsvorstandes und der Revisionskommission 49 Delegierte, außerdem als Vertreter des österreichischen Verbandes Kollege Wirtwica-Wien und des Deutschen Solgarbeiterverbandes Kollege Weyer-Berlin.

Der Bericht des Verbandsvorstandes wurde ohne wesentliche Modifikationen entgegengenommen. Möniert wurde, daß der Vorstand für die deutsche Schweiz vorübergehend einen Sekretär angestellt hat. Von einer ganzen Anzahl Delegierten wurde ernsthaft verlangt, der Vorstand hätte durch eine Urabstimmung die Meinung der Mitglieder über diese Frage einholen sollen. Auch wurde die Meinung vertreten, man möge die Westschweiz sich selbst überlassen. Die aufgewandten Mittel seien fortgeworfen, da die Anarchisten durch ihre Quertreuerien jede erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit illusorisch machten. Der Verbandsvorstand stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß die dort vorhandenen Verhältnisse nur bei größter Aufmerksamkeit und eifrigster Agitationsarbeit gebessert werden können. Die Kollegen der Ostschweiz seien verpflichtet, den Kollegen beizustehen, damit die vorhandenen Schwierigkeiten möglichst bald überwunden werden.

Witter Klage wurde darüber geführt, daß es in einzelnen Orten und Gegenden mit der Organisation gar nicht vorwärts gehen will. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Agitationsmöglichkeiten prüfen und dem Verbandsvorstand bei Beschaffung von Agitationsmaterial zur Hand gehen soll. Die schofle Agitationsweise der „Christen“ wurde bei dieser Gelegenheit ins rechte Licht gerückt.

Der Hauptpunkt des Verbandstages war die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Seitens des Verbandsvorstandes war zu dieser Frage ein umfangreiches Material zusammengetragen. Zur Durchführung der Unterstützung verlangte er eine Erhöhung des Beitragages um 10 Cts. pro Woche. Die Diskussion über diese Frage war recht lebhaft und wurden den Delegierten auch die guten Erfahrungen, welche der Deutsche Solgarbeiterverband mit dieser Unterstützung gemacht hat, vom Kollegen Weyer vor Augen geführt. Der Verbandsstag beschloß mit allen gegen wenige Stimmen die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung und die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Erhöhung des Beitragages ab 1. Juli 1910. Die Auszahlung der Unterstützung soll ab 1. Juli 1911 erfolgen.

In geschlossener Sitzung wurde die Frage der Taktik bei Lohnbewegungen behandelt. Eine wesentliche Debatte wurde heraufbeschwoeren durch das Verhalten der Sektion Zürich, welche ihren Tarifvertrag ohne Genehmigung des

Verbandsvorstandes gekündigt hatte. Die Züricher Delegierten stellten sich auf den Standpunkt, daß auf Grund der statutarischen Bestimmungen die Sektionen zur Annahme der Verträge die Genehmigung der Verbandsleitung nicht einholen brauchen, sondern nur zum Streik. Die große Mehrzahl der Delegierten war dagegen der Meinung, daß die Vertragsgeländigung in der Regel schon die Einstellung der Lohnbewegung bedeutet. Die nachfolgende Resolution fand dann gegen einige Stimmen Annahme:

1. In Anbetracht, daß die der wirtschaftlichen Entwicklung zugrunde liegende Tendenz, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit immer mehr zu verschärfen und die gewerkschaftlichen Kämpfe in brutaler, rücksichtslosere Formen zu drängen, deutlich zu Tage tritt, hält der Verbandsstag es im Interesse einer für den Solgarbeiterverband fruchtbringenden Kampfesweise für unumgänglich notwendig, daß bei Lohnbewegungen stets planmäßig und unter Beobachtung der diesbezüglichen Statuten vorgegangen wird.

2. Der Verbandsstag erkennt Tarifvertragsabschlüsse als im Interesse des Verbandes gelegen, weil durch dieselben die Regelung der Arbeitsverhältnisse zugunsten der Arbeiter in hohem Maße gefördert werden kann. Er verpflichtet hingegen die Sektionen nur dann zum Abschluß von solchen, wenn dadurch für die Kollegen annehmbare Zugeständnisse festgelegt werden können. Aus prinzipiellen Gründen darf ein Vertragsabschluß nicht verweigert werden. Bestehende, an sich weiter laufende Verträge dürfen ohne Wissen und Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht gekündigt werden.

3. Um unseren Verband vor unliebsamen Situationen möglichst zu bewahren, sind bei Maßregelungen Aktionen gegen die betreffende Firma oder Firmen ohne Wissen und Genehmigung des Verbandsvorstandes nicht gestattet, da, wie die Erfahrung lehrt, die Unternehmer durch Maßregelungen Arbeitseinstellungen herbeizuführen suchen, um dieselben ihren Zwecken dienstbar machen zu können.

Am 27. März fanden die Verhandlungen ihren Abschluß und hoffen wir, daß die gefassten Beschlüsse unserer Bruderorganisation zu weiteren Erfolgen führen.

Stimmen zum Verbandsstag.

Der Gautag in Hannover erklärte sich mit 46 gegen 22 Stimmen im Prinzip für Einführung von Staffelleistungen. Die Erhöhung der Beiträge gemäß dem Antrag des Vorstandes wurde einstimmig als notwendig anerkannt.

Der Gautag in Dresden erklärte sich mit 88 gegen 4 Stimmen für eine Stärkung der Hauptkasse. Der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitragages wurde mit 68 gegen 10 Stimmen angenommen.

Von den Anträgen, die bisher zu den Staffelleistungen gestellt worden sind, ist mir am sympathischsten der, den die Zahlstelle Niedersehlitz an den Dresdener Gautag gestellt hat: „eine Beitragsklasse zu schaffen, die den Mitgliedern ermöglicht, die Hilfskassen auszusparen, um die von solchen gebotenen Unterstützungen vom Verband zu erhalten. Der Beitritt in diese Klasse ist ein freiwilliger.“ Man geht dabei von der Ansicht aus, daß bei Krankheit nur die Verbandskasse als Hilfskasse in Frage kommen müßte. Eine Beitragsklasse zu schaffen, zu der der Beitritt ein ganz freiwilliger ist, kann ich allerdings nicht empfehlen, aber es ist auch nicht möglich, alle Mitglieder zu einem entsprechend höheren Beitrag zu zwingen. Die fakultative Durchführung des Antrages ist jedoch dergestalt möglich, daß von einem gewissen Verdienstsache an jeder in die zu schaffende höhere Beitragsklasse eintreten muß. Dabei soll aber den anderen Mitgliedern freigestellt sein, ebenfalls in die höhere Klasse zu steuern, um sich die größeren Rechte zu erwerben. Mein Antrag geht dahin: Der wöchentliche Beitrag beträgt für die Mitglieder, die mehr als 25 M. wöchentlich verdienen, 70 Pf. Diese Mitglieder erhalten die Krankenunterstützung nach folgenden Grundsätzen: Nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen auf die Dauer von 13 Wochen pro Woche 7 M. Die wöchentliche Unterstützung steigt jährlich nach Entrichtung des Beitragages für die entsprechenden Beitragswochen um 75 Pf. bis zum Höchstfah von 10 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaft. Die übrigen Mitglieder können mit Zustimmung der Ortsverwaltung ebenfalls dieser Beitragsklasse beitreten. Um nicht nur beim Vor-schlage zu bleiben, sondern auch die Möglichkeit der Durchführung zu beweisen, bin ich mit Hilfe der Ergebnisse hiesiger Ortskrankenkasse und dem Material des Verbandes zu folgender Aufstellung gelangt. Nach unseren Erhebungen im Jahre 1906 hatten von 166 569 Kollegen 80 355 oder 48 Proz. mehr als 25 M. Wochenverdienst. Seit 1906 sind aber die Löhne zweifellos gestiegen, so daß für das Jahr 1908, das zugrunde gelegt werden soll, sehr wohl mit einem Prozentsatze von 55 gerechnet werden kann. 1908 hatten wir im Durchschnitt 148 837 Mitglieder, von denen 31 310 oder 21,4 Proz. für 778 902 Tage Kronen-geld erhielten. Das ist pro Fall 24,9 Tage. (Bei der hiesigen Ortskrankenkasse kamen auf einen Fall inkl. dreitägiger Karenzzeit 22,8 Tage, bei der Abteilung Holz- und Schnitzstoffe 24 Tage.) 55 Proz. vom Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl im Jahre 1908 sind 80 485 Mitglieder. Von diesen, wie oben, 21,4 Proz. als Krankheitsfälle angenommen, ergibt 17 224 Fälle, jeder mit rund 25 Tagen gerechnet, kommen zusammen 430 600 Unterstützungstage in Betracht. Um zu ermitteln, wie hoch die auszubringende Summe ist, wird der zweithöchste Satz, das ist 9,25 M. pro Woche oder 1,54 M. für den Tag, angenommen. Die Gesamtsumme beträgt demnach 663 124 M., pro Jahr und Mitglied 8,24 M. oder wöchentlich 18 Pf. Dabei ist zu bemerken, daß die Berechnung nach der Methode des Hauptvorstandes erfolgt ist, nämlich durchschnittlich 4,4 bezahlte Beitragswochen im Jahre. Für Verwaltungs-kosten und zu anderen Zwecken verblieben demnach immer noch 12 Pf. vom gedachten Mehrbeitrag. Bei der Berechnung fällt noch zugunsten der Klasse ins Gewicht, daß das

den, daß die kleineren Zahlstellen hintangestellt werden. Ob Oberhausen oder Althausen die größte Zahlstelle im Gebiet der Ableitung ist, muß gleichgültig sein; mit 81 Mitgliedern sollte Oberhausen zu den 26 kleinen Zahlstellen, die einen Delegierten zu wählen haben, gehören und damit basta. Wir mit unserer einen Stimme auf dem Verbandstag bilden keinen „Beamtenverbandstag“, selbst wenn ein Beamter gewählt werden sollte, was jedoch auch ausgeschlossen ist, da überhaupt kein Beamter zur Wahl steht. Also mehr Sachlichkeit, wertere Kollegen aus Oberhausen! — Klar ist aber weiter der folgende Satz in dem Wahlzirkular: „Da nun aber erfahrungsgemäß gerade kleine Zahlstellen ziemlich immer bei Berücksichtigung (!) ihrer Wünsche zurückstehen (!) müssen, ist es Ihre (!) doppelte Pflicht, auch einem Kollegen die Stimme zu geben, der gerade diese Zahlstellen kennt, und Ihre (!) Wünsche, die gerade hier im Ruhrgebiet von denen im übrigen Deutschland grundverschieden sind, auf dem Verbandstage gebührend vertritt.“ — „Bleibt immer bei Berücksichtigung zurückstehen“, ist ein so unklarer Standpunkt, daß wohl die Zahlstelle Oberhausen mit ihrer von den übrigen 26 Zahlstellen „grundverschieden“ gelagerten — „Verhältnismäßig“ würde Fritz Heuter sagen — Kandidatur weniger Glück haben dürfte als sie erwartet. Einer kann das Mandat nur bekommen, das war „ziemlich immer“ so, darum wird vielleicht die Zahlstelle Oberhausen „bei Berücksichtigung ihrer Wünsche zurückstehen müssen“, woran es dann selbst schuld hat.

Bruno Kühn, Bev. d. Zahlst. Büdenscheid.

Ein nachahmenswerter Beschluß.

In der am 8. April stattgefundenen Versammlung der Zahlstelle Hamburg wurde die nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg spricht ihr Einverständnis mit der Haltung des Verbandsvorstandes während der verflochtenen Vertragsbewegung aus und erkennt insbesondere an, daß es notwendig und zweckmäßig war, im Interesse der Durchführung der Forderungen unserer Kollegen rechtzeitig an die finanzielle Stärkung der Verbandskasse heranzutreten. Nur diesem Umstande und dem begeisterten Widerhall, den die diesbezügliche Aufforderung des Vorstandes bei der Gesamtheit der Kollegen gefunden hat, ist der glückliche Erfolg der diesmaligen Bewegung zu verdanken.

Um auch in Zukunft für alle vorkommenden Eventualitäten gerüstet zu sein, richtet die heutige Versammlung an alle Mitglieder die Aufforderung, bei der bevorstehenden Urabstimmung über die Beitragserhöhung, derselben einmütig zuzustimmen.

Zu Rücksicht darauf, daß die Kollegen der besonders schlecht entlohnerten Branchen und Bezirke vorläufig von einer Erhöhung des Beitrages verschont bleiben sollen, erachtet es die heutige Versammlung als eine sozialistische Pflicht der verhältnismäßig besser entlohnerten Orte, einen höheren Beitrag der Verbandskasse zur Stärkung des Kampffonds zuzuführen.

Um dieser Erklärung die Tat folgen zu lassen, beschließt die heutige Versammlung, pro umgesetzten Beitrag 60 Pf. unverkürzt an die Verbandskasse abzuführen. Zugleich richtet die heutige Versammlung den Antrag an den Verbandstag, allen größeren und leistungsfähigeren Zahlstellen die moralische Pflicht aufzuerlegen, einen höheren als den Grundbeitrag für die Verbandskasse zu leisten.“

Gautag des Leipziger Gaues.

Der Gautag fand am 28. März im „Belvedere“ zu Bückeburg statt. Kollege Ebert-Bückeburg eröffnete ihn mit einer kurzen Begrüßung. Auch der Gauvorsteher Kollege Thielemann richtete einige Worte des Willkommens an die Delegierten und widmete dem verstorbene Kollegen Weinhardt einen warmen Nachruf. Die Delegierten ehrten dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Nach der Wahl des Bureaus, das sich zusammensetzt aus Kollegen Weidner-Leipzig als 1. und Ebert-Bückeburg als 2. Vorsitzenden, gab Kollege Thielemann den Bericht des Gauvorstandes.

Er bespricht die Ereignisse im Gau und betont, daß die Kollegen schwer unter dem Einfluß der Krise zu leiden hätten. Namentlich im Erzgebirge und im oberen Vogtlande haben unsere Zahlstellen schwere Verluste erlitten, z. B. Neustädtel, Johannisberg, Maschau und Schönheide. Hier haben wir es aber auch mit einem gutorganisierten Unternehmertum zu tun unter der Leitung des bekannten Dr. Stresemann. Nach dem Streik in Schönheide hat man dort unsere Kollegen gezwungen, aus der Organisation auszutreten und in gelbe Organisationen gepreßt. Die Beiträge für diese zog man sofort vom Lohne ab. In anderen Städten entließ man bei Eintreten der Krise zuerst unsere Vertrauensleute. So ist es nicht zu verwundern, daß unsere Mitgliederzahl von 18 808 im Jahre 1907 auf 12 754 im Jahre 1908 sank. Zahlstellen mit guter Organisation haben auch die Krise gut überstanden. Durch intensive Agitationsarbeit des Gauvorstandes wurde diese Scharte 1909 allerdings wieder ausgeweht. Am Schluß des Jahres 1907 konnten wir auf eine Mitgliederzahl von 18 794 zurückblicken. Agitationsblauen fanden statt durch Kollegen Schreyer-Miesefeld und Schneegäß-Berlin. Dem Gau gehören gegenwärtig 57 Zahlstellen an. Neugegründet wurden solche in Wolkstein, Brambach und Ammerdorf. Annaberg wurde mit Buchholz, Niederböhmendorf mit Beulensroda verschmolzen. Die Zahl der Lohnbewegungen ist infolge der Krise zurückgegangen; immerhin war der Gauvorstand genötigt, bei einer ganzen

Reihe von Differenzen an verschiedenen Orten einzugreifen. Kollege Thielemann schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, nicht zu erlahmen in der Agitationsarbeit und den Gauvorstand von allem zu unterstützen, ihn aber auch in jeder Hinsicht zu unterstützen; er seinerseits werde versuchen, allen an ihn gerichteten Wünschen gerecht zu werden.

Mit der sich anschließenden Diskussion wurden die Anträge Buchholz, eine Referentenliste im Gau einzuführen, sowie Chemnitz, eine Konferenz der Modell- und Fabrikarbeiter im Gau einzuberufen zwecks Einleitung einer umfassenden Agitation, verbunden. Ersterer wurde abgelehnt, letzterer dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag Weidner, sämtliche Anträge zum Gautag sind mit schriftlicher Begründung beim Gauvorstand einzureichen und von diesem 14 Tage vor der Tagung den Zahlstellen zuzustellen, wurde nicht unterstützt.

Die Punkte „Der Verbandstag in München“ und „Unsere Tarifbewegung“ wurden verschmolzen und referierte Kollege Leipart vom Hauptvorstand. An sein Referat knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Aus 14 Städten liegen Anträge auf Einführung von Staffelleistungen vor. Diese erledigen sich jedoch durch die Annahme des Antrages des Hauptvorstandes auf Erhöhung des Beitrages von 50 auf 60 Pf., welche mit 62 gegen 9 Stimmen erfolgte.

Von weiteren 17 Anträgen wurden nur 6 unterstützt. Hiervon werden angenommen zwei Anträge der Zahlstelle Reib: 1. Den Verbandstag immer im Zentrum Deutschlands stattfinden zu lassen. 2. Die „Holzarbeiterzeitung“ hat rechtzeitig vor dem 1. Mai zur Maßfaher Stellung zu nehmen. Ein Antrag Weidner: Konsum- und Krankenlaffenangestellte von allen Delegationen auszuschließen, wird gegen die 2 Stimmen der Weidner Delegierten abgelehnt. Desgleichen ein Antrag Chemnitz, an Stelle der Listenabrechnung eine allgemeine Markenabrechnung einzuführen. Die übrigen Anträge werden als erledigt angesehen resp. zurückgezogen.

Bei dem Punkt „Verbandsangelegenheiten“ beschwert sich Kollege Schindler-Weithain über bürokratische Behandlung durchreisender Kollegen durch die Lokalbeamten. Zu einer Anregung, dieses Jahr den 53. Wochenbeitrag zu erheben, liegt ein Antrag nicht vor. Weiter wird eine tatkräftige Hilfe der großen Zahlstellen durch außerordentliche Beiträge an die Hauptkasse gewünscht. Nach einem Schlußwort des Gauvorstehers Kollegen Thielemann sowie des Vorsitzenden Kollegen Weidner, der die Kollegen ermahnte, das heute Gehörte weiter zu verwerten, wird der Gautag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Holzarbeiterverband geschlossen. Anwesend sind vom Hauptvorstand Kollege Leipart, vom Gauvorstand 4 und den Zahlstellen 71 Delegierte. Nicht vertreten ist Penig.

Konferenz des Gaues Frankfurt a. M.

Im festlich geschmückten Saale des Establishments „Goldener Pfing“ zu Mainz tagte am 9. und 10. April die Gautagkonferenz. Kollege Weiß begrüßte namens der Zahlstelle Mainz die erschienenen Delegierten aufs herzlichste. Vertreten waren 48 Zahlstellen durch 62 Delegierte, der Gauvorstand durch 6 Kollegen. Als Vertreter der „Frankfurter Volkstimme“ erschien Genosse Zander. 17 Zahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt. Der Hauptvorstand war durch den Kollegen Weidner-Berlin vertreten. In das Bureau wurden gewählt: Weiß-Mainz, Mummendey-Frankfurt, Muppert-Darmstadt und Hader-Neustadt. Den Tätigkeitsbericht gab die Gauleiter Wudenbahl und Weidner-Frankfurt. Ersterer berichtete über die in den letzten Jahren im Gau stattgefundenen Lohnbewegungen. Trotz der Krise wurden hier nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt. Für 268 Kollegen wurde eine Arbeitszeitverkürzung, für 2702 Kollegen Lohn erhöhungen erzielt. Die Bewegung in Südwestdeutschland stellte hohe Anforderungen an den Gauvorstand und endete die Aussperrung mit einer völligen Niederlage der Unternehmer. In einer Anzahl kleinerer Zahlstellen waren sowohl Angriffs- wie Abwehrbewegungen zu führen. Kollege Weidner gab Bericht über die Tätigkeit in organisatorischer und agitatorischer Beziehung.

In der Diskussion wurde der Tätigkeit des Gauvorstandes allseitig hohes Lob gezollt. Der Antrag Darmstadt, zum Verbandstag den Antrag zu stellen, daß die Beiträge am Ort der Beschäftigung zu zahlen sind, fand Annahme. Ein Antrag Neu-Jenaburg, eine Konferenz derjenigen Zahlstellen einzuberufen, in denen weisse Möbel als Spezialität oder Massenartikel angefertigt werden, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber die Tarifbewegung und den Verbandstag in München referierte Kollege Weidner-Berlin.

In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkannt und in erdloser Debatte das Für und Wider der Staffelleistungen erörtert. Entsprechend dem Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M., den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, stimmten sämtliche Delegierte mit Ausnahme eines einzigen. Für Einführung der Staffelleistungen stimmten 24 Delegierte, 40 dagegen.

Angenommen wurde ein Antrag, die Vierteljahrsabrechnungen einfacher zu gestalten. Des weiteren die Anträge: In § 104 des Statuts statt des Wortes „Dreiviertelmeßzeit“ zu lesen „Mehrheit“. Antrag Darmstadt: Der Verbandstag möge den Beschluß der Zentralvorstände betr. Unterstützung doppelt Organisiert nicht anerkennen und denselben aufheben. Antrag Frankfurt: Der Gautag wolle beschließen und zum Verbandstag beantragen, daß alle die Orte, die zu einem Lohngebiet gehören, zu einer Zahlstelle zu vereinigen sind. Antrag Mannheim: Im „Fachblatt für Holzarbeiter“ sind Auffäge und Zeichnungen zu bringen, welche auch zur Ausbildung der Wagner dienen. Antrag Schaffenburg: Nachweislich bezahlte, aber verloren gegangene Beitragsmarken sind dem Mitglied voll anzurechnen.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der erledigten Arbeiten wurde der Gautag mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband durch den Vorsitzenden Weiß geschlossen.

Gautag in Nürnberg.

Am Ostermontag tagte im Nürnberger Gewerkschaftshaus die von 52 Delegierten besuchte Gautagkonferenz. Vom Zentralvorstand war Kollege König anwesend. Zuerst erstattete Kollege Stein den Geschäftsbericht, aus dem wir entnehmen, daß die Hauptagitation in den Forstmacherbezirken Lichtenfels, Mittelh und Dinkelsbühl entfaltet wurde, die Preisbrücker in der Geschloßhobbrande gab erhöhten Anlaß dazu. Auch in den anderen Berufsarten war ein lebhaftes Organisationsleben. Es wurden 1908 bis 1909 414 Agitationsversammlungen abgehalten. Außer den Zahlstellen wurden 35 Orte besucht und 77 Versammlungen abgehalten. Neue Zahlstellen wurden in Herzogenaurach, Geroldshausen, Mitterteich, Mittelh, Nohau und Schweg errichtet, demnach hat der Gau 42 Zahlstellen mit annähernd 9000 Mitgliedern. In der Diskussion werden nur agitatorische Anregungen gegeben, die Tätigkeit der Gauverwaltung wird gutgeheißen. Kollege König-Berlin sprach sodann über die Tarifbewegung, Staffel- oder Einheitsbeitrag und über die Beitragserhöhung. Seine Ausführungen waren klar und instruktiv, besonders interessant waren die Ausführungen über die letzten Tarifverhandlungen. In der Diskussion wurde die Beitragsfrage lebhaft erörtert, und von den meisten Rednern die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkannt. Trotzdem wandte sich die Mehrheit der Delegierten gegen die vorgesehene Kürzung der 20 Proz. Lokalkassenanteil; damit würde in den kleinen und großen Zahlstellen die Ellenbogenfreiheit wesentlich eingeengt, insbesondere würde die Agitation durch die Reduzierung der Prozenz gehemmt werden. Gegen Staffelleistungen sprachen sich fast alle Delegierten aus. Ein Redner sagte: „Die Erhöhung für Kampfezzwecke, die der Vorstand braucht, wollen wir gerne bewilligen, aber unter allen Umständen bestehen wir auf dem Lokalkassenanteil von 20 Prozent.“ In demselben Sinne sprachen die meisten Redner. Einige Delegierte hielten die Erhöhung des Beitrages für verfrüht. Kollege König ging auf die gemachten Einwände kurz ein, besonders hervorhebend, daß die Stärkung der Hauptkasse auch jetzt noch unbedingt notwendig sei. Mit den hohen Lokalkassenbeständen werde sich der Verbandstag noch befassen, die Reduzierung der Prozenz sei angebracht, da sie lediglich zur Deckung der Agitation am Orte und nicht zur Unterstützung bei Streiks verwandt werden sollen. Wenn der Vorstand in dem bisherigen Tempo die Lohnbewegungen weiterführen will, so müssen ihm Mittel dazu zur Verfügung gestellt werden. Ohne Opfer kein Kampf! Es sei zu wünschen, daß dem Vorstand durch die Opferwilligkeit die Möglichkeit gegeben werde, wie bisher energisch die Verbesserung der Kollegen anzustreben.

Darauf erfolgte die Abstimmung: Für Erhöhung des Beitrages von 50 auf 60 Pf. stimmten 28, gegen 22, für Beibehaltung der 20 Proz. die große Mehrheit. Staffelleistungen wurden gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Für den Verbandstag lagen 9 Anträge vor, von denen nur 7 genügende Unterstützung fanden und nach der Begründung bis auf einen abgelehnt wurden, der angemessene Antrag hat folgenden Wortlaut:

§ 29: „Hat ein Mitglied seine Pausenzeit gemacht und muß danach einzelne Tage aussetzen, so erhält er Unterstützung, wenn mindestens 8 Tage in einer Woche in Betracht kommen.“

Ferner wurde beschlossen, daß in Zukunft ein Mitglied der Führer Zahlstelle in den Gauvorstand gewählt wird. Ein Antrag, die Agitation betreffend, wurde dem Gauvorstand zur Würdigung überwiesen. Ein Antrag, die Tagesordnung den Delegierten 8 Tage vorher bekanntzugeben, wurde angenommen.

Mit einem würdevollen Schlußwort schloß Gauvorsteher Stein die interessante Tagung.

Soziales.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Der Wahlrechtswechselbalg ist vom preussischen Abgeordnetenhaus erledigt. Nachdem die Vorlage am 16. März in dritter Lesung durchberaten war, fand am 12. April die sogenannte vierte Lesung statt; eine erneute Beratung und Abstimmung, die sich in den Formen der dritten Lesung vollzieht und stets angewendet werden muß, wenn eine Bestimmung der Verfassung geändert werden soll. Diese vierte Lesung war im Grunde nur eine Formalität. Das Gesetz wurde unverändert in der Fassung der dritten Lesung angenommen; nicht einmal der Versuch einer Änderung wurde von den Parteien unternommen, obwohl die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit hierzu vorlag.

Konservative und Zentrum haben die sogenannte Wahlreform nach ihrem Willen gestaltet, aber sie werden ihres Wertes nicht froh. Sie fühlen sich einsam in ihrer Mehrheit und hätten gar zu gern Mitschuldige an ihrem Verbrechen gegenüber dem Volke gehabt. Besonders war es auf die Nationalliberalen abgesehen. Diese hatten auch nicht übel Lust, in Erinnerung des oft gemeinsam begangenen Vollserrates den konservativen Junkern in die Arme zu fallen und ihre pathetischen Demonstrationen vom direkten und geheimen Wahlrecht, für welches mit aller Energie eingetreten sie versprochen hatten, zu vergessen. Aber sie verlangten klingenden Lohn für ihren Verrat. Die Drittelung im Wahlkreis oder mindestens in der Gemeinde ist das Ziel ihrer Sehnsucht, für welches sie jede ernsthafte Reform des Wahlrechtes mit Vergnügen preisgeben würden. Würden sie doch dadurch, besonders in dem industriellen Westen, einige Wahlkreise gewinnen. Aber ein solcher Gewinn ginge auf Kosten des Zentrums. Wollten die Konservativen die nationalliberalen Wünsche erfüllen, dann hätten sie das Zentrum von sich gestoßen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, war während der Osterferien sehr eifrig, aber ergebnislos gefühthandelt worden. Bei dieser Sachlage wäre jeder Versuch, noch im letzten Augenblick eine Veränderung des Gesetzes herbeizuführen, vergeblich gewesen.

Das konservativ-meritale Kartell hat die Mehrheit, und es scheint sich nicht, von seiner Macht den unaufrichtigsten Gebrauch zu machen. Die Herrschaften hatten große Eile, ihren Raub ins Trockene zu bringen. In dem Bewußtsein, daß jede Diskussion ihre Schmach weiter enthüllen müsse, sind die unsauberen Kartellbesitzer auf die pfiffige Idee verfallen, der Opposition das Wort abzusprechen. Der Plan selbst wurde übrigens von den Junkern allein durchgeführt, aber ihre meritalen Freunde standen verständnisvoll Schmiere. Wie sie in der nachfolgenden Geschäftsordnungsdebatte selbst offen ausplauderten, hatten die Konservativen durch einen ihrer Führer, dem Herrn v. Pappenheim, dem Schriftführer den „Ausfrag“ gegeben, bei der Spezialberatung zu jedem Paragraphen einen der ihnen in die Medientafel einzutragen, und zwar vor dem vorher gemeldeten Sozialdemokraten. Natürlich hat der Schriftführer dem ihm gewordenen „Ausfrag“ getreulich ausgeführt. Würde nun ein Paragraph aufgerufen und dem konservativen Redner das Wort erteilt, dann verzögerte er, und gleichzeitig war auch schon ein, von einem anderen Junker eingebrachter Schlußantrag zur Stelle, der natürlich von dem schwarz-blauen Kartell angenommen wurde. Auf diese Weise war die Diskussion vor ihrem Beginn schon geschlossen und die Opposition mundtot gemacht. Ganz gelang das allerdings nicht, denn in der Geschäftsordnungsdebatte wurden die unsauberen Praktiken der Mehrheit schonungslos an den Pranger gestellt. Und wenn auch der auf dem Präsidentenstuhl sitzende Junker Ströcher den Abgeordneten Liebknecht deshalb zur Ordnung rief, so bleibt dessen Ausspruch dennoch wahr, daß die Wahlrechtsvorlage mit dem Kainszeichen der Vergewaltigung an das Herrenhaus geht.

Was aus dem Wechselbad weiter wird, darüber braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Ob die „edelen und erlauchten Herren“ das vom schwarz-blauen Kartell gezeugte Unglückskind als zu revolutionär ganz verworfen, ob sie versuchen werden, die Nationalliberalen in das kompromittierliche Bündnis der Reaktionen mit einzubeziehen, indem sie ihnen den Knochen der Drückelung innerhalb größerer Bezirke zuwerfen oder was sie in ihrer Erbarmlichkeit sonst beschließen, ist ebenso gleichgültig wie die Stellung der Regierung zur Wahlrechtsreform, die auch jetzt, nach der Durchberatung des Gesetzes im Abgeordnetenhaus, noch niemand kennt. Nur das eine ist sicher, mit der Erledigung der gegenwärtigen Wahlrechtsvorlage, gleichviel in welcher Form, ist die Frage des preussischen Wahlrechtes noch lange nicht gelöst. Es wird keine Ruhe geben in Preußen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt ist!

Daß das Volk in Preußen entschlossen ist, das Recht, das ihm vorenthalten wird, zu erkämpfen, das haben wiederum die großen Demonstrationen gezeigt, die am Sonntag, den 10. April, in ganz Preußen veranstaltet wurden. Ganz besonders bedeutsam waren die Massenversammlungen, die in Berlin unter freiem Himmel abgehalten wurden. Wenige Wochen zuvor, am 6. März, hatte der Polizeipräsident nicht nur eine solche Versammlung als gefährlich verboten, sondern sogar durch Breiterverfügung und Hunderte von Polizisten den Dreptower Park abgesperrt, um die Sozialdemokraten am Spaziergehen zu verhindern. Er hat allerdings damit einen jämmerlichen Meinsall erlebt, denn die vom Dreptower Park ferngehaltenen Sozialdemokraten verlegten, ohne davon Herrn v. Jagow vorher Mitteilung zu machen, ihren Wahlrechtsparadisiengang in die Erholungsstätte der vornehmen Welt, nach dem Tiergarten. Die Berliner Polizisten haben an jenem Tage durch schneidiges Attentat und rücksichtsloses Einhauen auf das friedliche Publikum den Beweis erbracht, daß sie sich nur durch die Farbe der Uniform von den berüchtigten russischen Kosaken unterscheiden.

Ein ganz anderes Bild bot der 10. April. Ob er einen Wind von oben bekommen hat, oder ob ihm selbst die Geschwindigkeit seines Vorgehens vom 6. März zum Bewußtsein gekommen ist, gleichviel, Herr v. Jagow hat die Versammlungen unter freiem Himmel in drei Berliner Parks gestattet. Sehr zum Aerger der gesamten reaktionären Presse, die so etwas gar nicht fassen konnte, und alles mögliche Unheil für den kritischen Tag prophezeite. Aber die Berliner Sozialdemokratie hat einen glänzenden Beweis für ihre straffe Disziplin abgelegt, dank dem Umstand, daß sich die Polizei durchaus fernhielt und die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung den von der Partei gestellten Ordnern überließ, vollzog sich der Aufmarsch der ungeheuren Menschenmassen, die auf 250 000 Mann geschätzt werden, mit einer musterhaften Präzision und Ruhe; die öffentliche Ordnung wurde nicht im geringsten gestört. Und so wie in Berlin, ging es am 10. April in all den Städten, wo sich die Polizei anständig verhielt. Das war allerdings nicht überall der Fall; an manchen Orten hat sie ihren bewährten Auf als Störerin der öffentlichen Ordnung auch an diesem Tage Ehre gemacht.

Mit Mut und Ingrimm sahen die Reaktionen den Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Am meisten hat es sie geirrt, daß alles so friedlich abgegangen ist. Ueber die Vorwürfe, die dieses Gesindel mit Glacéhandschuhen dem Berliner Polizeipräsidenten macht, weil er die Gesetze respektiert hat, mag dieser sich selbst mit ihnen auseinandersetzen. Wir freuen uns der glänzend gelungenen Demonstration. Und wenn dem Häuflein Beborrechteter, das jetzt noch das Heft in Händen hat, der Schrecken in die Glieder gefahren ist ob der ungeheuren Volksmassen, die ihr Recht verlangen, so ist das besonders erfreulich. Mögen die Mehrheitsparteien im Landtag, die doch nur

eine Minderheit der Wähler hinter sich haben, sich noch so beeilen, die ihnen, ach so unbequeme Wahlrechtsreform durchzusetzen, mögen sie den wenigen wirklichen Volksvertretern durch dummschöne Fälscherklischee auch das Wort im Parlament abschneiden; damit wird der Fortschritt nicht aufgehoben. Die Arbeiterschaft hat sich das Recht auf die Straße, das man ihr bisher vorenthalten hat, erobert, und sie wird sich auch ein gerechtes Wahlrecht für den preussischen Landtag erobern! Mag die Entscheidung im Parlament schließlich fallen, wie sie wolle, damit ist der Wahlrechtskampf in Preußen noch lange nicht zu Ende. Der entschlossene Mut der um ihr Recht kämpfenden Arbeiter bürgt dafür, daß es keine Ruhe gibt in Preußen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt ist!

Internationaler sozialistischer Kongress zu Kopenhagen. Das Internationale sozialistische Bureau hat beschlossen, den achten internationalen sozialistischen Kongress in Kopenhagen (Dänemark) in der Woche vom 28. August bis 3. September 1910 abzuhalten.

Zur Beschickung des Kongresses sind gemäß den Beschlüssen des Kongresses von London im Jahre 1898 und zu Paris im Jahre 1900 berechtigt:

1. Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel; internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Massenpartei organisierte Proletariat.
2. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Notwendigkeit der politischen, also legislativen und parlamentarischen Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongress 1900.)

In seiner letzten Sitzung vom 7. November 1900 hat das Bureau die folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterorganisation.
5. Die Organisation einer internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Der Kongress wird im Konzertpalast, einem der größten Säle in Kopenhagen, in dem auch die großen Parteiversammlungen stattfinden, abgehalten werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volontärsbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt in Ußling 85 Pf., Achersleben 85 Pf., Badnang 80 Pf., Bauen 70 Pf., Beelitz 75 Pf., Blankensee 80 Pf. (hier von 80 Pf. für die Hauptkasse), Burg 75 Pf., Cassel 70 Pf., Duderstadt 60 Pf., Düben 55 Pf., Eberstadt 70 Pf., Eberswalde 60 Pf., Friedland, Bez. Breslau, 60 Pf., Grabow 60 Pf., Habersleben 80 Pf., Hameln 85 Pf., Hahnau 60 Pf., Herne 70 Pf., Lauenburg i. P. 55 Pf., Lüneburg 75 Pf., Malchow 60 Pf., Melbörz 70 Pf., Miesbach 60 Pf., Neustettin 60 Pf., Nordhausen 65 Pf., Ochsenfurt 60 Pf., Oppeln 60 Pf., Radolfzell 60 Pf., Rawitzsch 60 Pf., Reichenbach a. F. 60 Pf., Sondersburg 70 Pf., Steinheim a. M. 60 Pf., Striegau 65 Pf., Tilsit 60 Pf., Torgau 60 Pf., Treptow 60 Pf., Triebes 60 Pf., Wattencheid 70 Pf.

Ab 15. April: Ansbach 75 Pf., Bernau 75 Pf., Dessau 75 Pf., Gaan 80 Pf.

Ab 1. Mai: Finsterwalde 70 Pf., Kaiserlautern 70 Pf., Kempen 75 Pf., Mühlhausen i. E. 70 Pf., Neuh 70 Pf., Oberhausen 70 Pf., Oehnhäusen 85 Pf., Pforzheim 70 Pf., Queblinburg 70 Pf., Schleswig 70 Pf., Wilhelmshaven 80 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Wir machen hierdurch die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß die Stimmzettel zur Urabstimmung spätestens am 28. April zurückgeliefert werden müssen.

Am 28. April ist auch die Frist für die Einreichung der Anträge zum Verbandstag abgelaufen, woran wir etwaige säumige Zahlstellen hierdurch erinnern.

Seit dem 1. Januar ist eine Statistik der Unfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen in unserem Verband eingeführt worden. Dementsprechende Fragebogen haben wir an alle Zahlstellenverwaltungen vertriebt. Sobald ein Unfall an einer Maschine in einem Betrieb vorkommt, hat der Vertrauensmann der Werkstatt oder ein Nebenkollege des Verletzten sofort ein Meldeformular von der Zahlstellenverwaltung abzufordern und nach erfolgter genauer Ausfüllung wieder an dieselbe einzuliefern. Die ausgefüllten Formulare werden alsdann spätestens am jeweiligen Quartalschluß an uns eingesandt, worauf sie von uns bearbeitet und die Resultate in entsprechender Weise, natürlich ohne Namensnennung, veröffentlicht werden. Zur Beschaffung der nötigen Ausgaben über jeden Unfall rechnen wir besonders auf die tatkräftige Mithilfe der Maschinenarbeiter selbst.

Aus Anlaß der gegenwärtigen großen Bewegung im Baugewerbe machen wir hierdurch bekannt, daß ein Uebertritt von Mitgliedern aus den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zum Deutschen Holzarbeiterverband bis zum Abschluß der Bewegung nicht gestattet wird.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 67546 Gottlieb Wähler, Tischler, geb. 4. 12. 59 zu Peidenheim.
- 83406 Josef Krämer, Stellmacher, geb. 29. 8. 71 zu St. Georgen.
- 108172 Emil Murr, Säger, geb. 8. 7. 66 zu Königsberg i. Pr.
- 120892 Hermann Schaumann, Tischler, geb. 8. 10. 84 zu Niederwehren.
- 108898 Curt Kühn, Tischler, geb. 22. 8. 60 zu Risha.
- 238729 Heinrich Danowski, Maschinenarbeiter, geb. 31. 12. 76 zu Elbing.
- 874205 Johann Schukat, Stuhlbauer, geb. 12. 1. 70 zu Seelampen.
- 415956 Gerhard Schwidde, Tischler, geb. 8. 9. 81 zu Düsseldorf.
- 415995 Richard Seitenstecher, Maschinenschleifer, geb. 28. 9. 78 zu Düsseldorf.
- 448580 Paul Wonden, Tischler, geb. 17. 6. 71 zu Reife.
- 455323 Otto Deutschke, Polierer, geb. 8. 5. 85 zu Stuttgart.
- 464035 Robert Schmidt, Tischler, geb. 8. 1. 78 zu Wiesbaden.
- 485932 Stefan Arzhanowski, Tischler, geb. 22. 3. 73 zu Janowitz.
- 485976 Stefan Schwinski, Tischler, geb. 17. 8. 80 zu Gnesen.
- 495845 Otto Klammann, Tischler, geb. 2. 9. 91 zu Königsberg i. Pr.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Allenstein. In Nr. 12 des Verbandsorgans der christlichen Holzarbeiter stimmt der Bezirksleiter Schopohl ein Klageged über die bösen roten Holzarbeiterverbände an, die ihn immer wieder und immer wieder seine Agitationsmethode und sonstiges Betragen in der Agitation vorfallen. Am Schluß seines Artikels leistet sich der Mitarbeiter eine grobe Beschuldigung gegen unsere Kollegen, daß wir uns veranlaßt sehen, folgendes richtig zu stellen: Der Vorliegende der Christen ist nicht entlassen worden, sondern hat sein Arbeitsverhältnis nach vorhergegangenem Streit mit dem Meister selbst gelöst. Schopohl behauptet in seinem Artikel, unsere Kollegen hätten den Christen hinausgebracht. Sollte er anders als es in der Tat ist, von seinem Vorliegenden unterrichtet sein, so kann er es seiner Erziehungsarbeit, mit der er sich so sehr in seinen Verammlungen rühmt, danken. Wenn Schopohl weiter wissen will, wer ihm Prügel zugebracht hat, so war es kein anderer als der jetzige Vorsitzende der Christen, der zu unseren Kollegen wörtlich erklärte: „Ich bin jetzt Mitglied bei den Christen, wenn im Frühjahr nichts gemacht wird, schlage ich dem (Sch. gemeint) in die Presse und mache fremd von Allenstein.“ Die Kollegen, denen man mit Prügel gedroht und denen auch solche vom Vorsitzenden zugebracht waren, sind Kollege Buchholz und Haupt. Wegen des letzteren äußerte der laipere Schüler des Schopohl zu einem bei den Hirsch-Dunderschen organisierten Kollegen Kruschka: „Wenn Haupt zum Vergnügen kommt, so wird er das ihm zugebrachte dort erhalten.“ Auf diese Warnung ist der Kollege auch dem Vergnügen ferngeblieben. Auch diese Fälle, zu denen wir noch andere hinaufzählen könnten, zeigen, wie die Brüder in Christo nach dem Grundsatz handeln: „Verleumde nur tüchtig drauf los, etwas bleibt doch hängen.“ Auch trifft dieses auf das Beschreiben über den Genossen Quart zu. Trotzdem Genosse Quart die Sache hier im Osten vor ein paar Wochen richtig gestellt, läßt Schopohl lustig weiter drauf los. Und kann dieses Lügengewebe nichts schaden; aber die Kollegen, die diesem Demunzianten und Lügner nachlaufen, werden zur Einsicht kommen, daß Leute von diesem Schlage nicht befähigt sind, die Besserstellung der Lage der Kollegen zu bewirken.

Berlin. Auf die Kamm- und Saarschmudarbeiter hauptsächlich in Süddeutschland löst Berlin immer große Anziehungskraft aus. Die gute Meinung, die diese Kollegen von den Berliner Verhältnissen haben, wird von den Unternehmern auch ausgenutzt, indem sie, wie der Branchenkommission mitgeteilt wird, in mehreren Orten Süddeutschlands in den Zeitungen Kammanader und Saarschmudarbeiter nach Berlin bei hohen Löhnen und dauernder Beschäftigung suchten. Dauernde Beschäftigung, welche die Unternehmer versprochen, kennen die Berliner Saarschmudarbeiter überhaupt nicht. Wir sind hier in Berlin Saisonarbeiter. Während die Konjunktur früher 4-5 Monate anhielt, dauert sie jetzt oft nur noch 2 bis 3 Monate und dann liegt wieder ein großer Teil der Kollegen auf der Straße oder es wird verkürzt gearbeitet. Wir leiden hier in Berlin an der Ueberproduktion, die erzeugt wird durch die technische Vervollkommnung der Betriebe, in denen auf Maschinen Räume in Massen hergestellt werden können; aber auch von der Lame der Mode sind wir abhängig. In Zeiten schlechten Geschäftsganges wird sehr oft der horrende Lohn, auch bei Allordarbeitern, von 6-14 Mk. pro Woche verdient. Während der Krise sind die Allordpreise um 20-30 Proz. herabgedrückt worden. Die Statistik der Zahlstelle Berlin, welche 1909 aufgenommen wurde, beweist, daß der Durchschnittsverdienst, der 1906 26,25 Mk. betrug, auf 24,24 Mk. gesunken ist. Wenn aber der Durchschnittsverdienst des ganzen Jahres festgesetzt werden sollte, so würde bei der verkürzten Arbeitszeit und der Arbeitslosigkeit, die die Berliner Saarschmudarbeiter durchmachen müssen, kaum ein Durchschnittsverdienst von 18-20 Mk. herauskommen. Als wir im Jahre 1908 durch eine Lohnbewegung — in verschiedenen Betrieben durch Arbeitsniederlegung — unsere Forderungen, die wesentliche Verbesserung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Branche anstrebten, wurden diese selbst auch von 17 Fabrikanten anerkannt. Über die Zugeständnisse wurden fast in allen Betrieben während der

Krise rückgängig gemacht. Der Minimalstundenlohn, der für Berlin 50 Pf. beträgt, ist in den meisten Fällen zum Maximallohn gemacht worden. Differenzen bestehen ständig in unseren Werkstätten. Die Schmutzkonkurrenz, die unter den Berliner Schwarzschmiedfabrikanten ihr Unwesen treibt und unter der die Arbeiter sehr zu leiden haben, ist die Ursache der Differenzen. Die kleinen Fabrikanten und Meister, die keine eigenen Meißelnden hinausfordern können, sind auf die Exporteure in Berlin angewiesen und diese diktiert ihnen die Warenpreise, so daß es vorkommt, daß mehrere Arbeitgeber für ganz verschiedene Preise ein und denselben Artikel herstellen. Dabei sind ein Teil der Innungsmeister, die ja das Handwerk heben wollen, die schlimmsten, indem sie Arbeiter für ein Schundgeld anfertigen. Die Arbeitgeber suchen sich dann an den Arbeitern schadlos zu halten, indem sie Löhne festsetzen, die es ganz unmöglich machen, die Arbeiten dafür herzustellen. Aber damit nicht genug. Man versucht die Arbeitszeit zu verlängern, obwohl wir mit Arbeitslosigkeit und kurzer Arbeitszeit zu rechnen haben, um eine weitere Herabdrückung der Arbeitslöhne durchzuführen zu können. Auch hierbei ist ein Innungsmeister vorangegangen. Herr Nibel. Nachdem in seinem Betriebe schon dreierlei Arbeitszeit bestanden, wollte er den Akkordarbeitern die Arbeitszeit von 48 auf 62 Stunden verlängern. Dem konnten wir nicht zustimmen. Der Meister lehnte jede Verhandlung brüsk ab. Das Ergebnis war ein Kampf von über 13 Wochen. Ueber diesen Betrieb ist jetzt die Sperre verhängt, so daß auch noch weiter der Bezug nach dieser Werkstatt unterbleiben muß. Die Absicht der Arbeitgeber geht lediglich dahin, recht viele Arbeitskräfte nach Berlin zu ziehen, um ein Ueberangebot zu erzeugen, um willige und billige Arbeitskräfte zu haben. Für die zureisenden Kollegen ist wieder dauernde noch lohnende Beschäftigung vorhanden. Es liegt also im eigenen Interesse der Kollegen, Berlin zu meiden, wenn sie vor Enttäuschung bewahrt sein wollen. Des weiteren sei darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Branche sich alle arbeitslosen und zureisenden Kollegen auf dem Arbeitsnachweis, Eingeliefer 14/15, zu melden haben.

Düsseldorf. (Vergolder.) Die am 2. April stattgefundene Branchenversammlung befaßte sich mit dem Antrag der Wurper Kollegen. In der lebhaften Diskussion wurde verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, daß eine Konferenz nicht zum Schaden für uns wäre. Die Kollegen wünschten auch mehr von Berlin zu hören, da es doch der Hauptsitz der Vergolder ist. Den auswärtigen Kollegen möchten wir gegenüber Arbeitsangeboten nach hier Vorfrist empfehlen, da die Arbeitsverhältnisse hier keineswegs die besten sind. In der Versammlung wurde auch Klage geführt, daß sich die hiesige Zahlstelle so wenig um die Vergolder bekümmert. Der Beschluß, daß ein Vorstandsmitglied in den Branchenversammlungen zugegen sein soll, wird sehr wenig beachtet. Hier soll Abhilfe geschaffen werden, zumal die Kollegen gewillt sind, in eine lebhaftere Agitation einzutreten, um die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Unsere Versammlungen finden statt jeden ersten Sonntag im Monat im „Volkshaus“, Zimmer 8.

Guhrau. Daß den meisten hiesigen Meistern die Organisationsdorn im Auge ist, wissen wir schon längst, sie werden sich indessen wohl oder übel mit den unabänderlichen Tatsachen abfinden müssen, auch wenn es ihnen noch so schwer fällt. Am offenkundigsten jedoch zeigt seine Ablehnung der Meister Reich, Tischlerei mit Motorbetrieb. Der Wechsel im Personal ist natürlich dort kein geringer, die Ausgaben für Inzerate zur Heranziehung fremder Arbeitskräfte dürften jedenfalls im Jahre ein erhebliches Stümchen ausmachen. Ob dies ein besonderer Vorteil für das Geschäft ist, wollen wir nicht untersuchen. Durch die Kündigung der beiden einzigen Organisierten — unter acht Gesellen — ist seine Werkstatt nun endlich verbandstreng geworden, und die vermeintliche „Holzarbeiterzeitung“, und was ihn wohl am meisten ärgerte, die „Volksmacht“, werden sein christliches Herz nicht mehr belästigen. Besonders dem einen Geselligen gegenüber hätte er oft sein väterliches Mißfallen über das eifrige Lesen der „Volksmacht“ zu erkennen gegeben — über katholische Traktäthen hätte er sich jedenfalls gestreut — während der andere Kollege, ein Dresdener, der auf ein Inserat im „Generalanzeiger“ hin vor zehn Tagen eingestellt wurde, von der Kündigung ganz unberührt getroffen wurde. Man wird ja im Reichschen Betriebe eine demütigste Zufriedenheit Platz greifen, es werden keine „aufreizenden“ Unterhaltungen mehr geführt und der christliche Gesellenverein wird dort triumphieren. Zwar wird der Meister versuchen, die Entlassung der beiden Verbändler auf andere Gründe zurückzuführen (dies hat man beinahe immer zur Hand, wenn es gilt Unbequemes los zu werden), er dürfte jedoch bei unseren Kollegen damit keinen Glauben finden. Unsere arbeitslosen Verbändlerkollegen aber möchten wir bei Stellungsangeboten von dieser Firma auf die Verhältnisse in derselben aufmerksam machen und damit ist der Zweck dieser Zeilen erreicht. Außerdem möchten wir an dieser Stelle mitteilen, daß das Verkehrslokal (nicht Seeberge) sämtlicher hiesiger Gewerkschaften sich in einem von diesen gemieteten Laden, Algenhauerstraße 148, befindet.

Leipzig. (Stellmacher.) In der am 9. April abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Weise Bericht über den Vertragsabschluss in den Wagenfabriken. Hierbei schilderte der Sektionsleiter die bestehenden Verhältnisse in den übrigen Stellmachereien, welche keineswegs den berechtigten Anforderungen entsprechen, so daß es dringend notwendig ist, daß sich auch die Kollegen bei den kleinen Meistern einmal aufraffen. Aber auch in manchen größeren Betrieben bleibt noch viel zu bessern. Werden doch bei der Großen Elektrischen Straßenbahn noch Anfangslöhne von 40 Pf. gezahlt, trotz der hohen Dividendenverteilung. Die Kollegen müssen sich einmal aufraffen, um bessere Verhältnisse für die Stellmacher zu schaffen. An diese Ausführungen schloß sich eine lebhafte Debatte, in der sich alle Meister dahin äußerten, alle sämigen und in unterschieden Kollegen aufzurütteln, um geschlossen einzutreten für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Um diese Angelegenheit weiter zu beraten, findet am Sonntag, den 23. April, im „Volkshaus“ eine Versammlung statt, und werden alle Kollegen sämtlicher Betriebe aufgefordert, in dieser zu erscheinen. Aus diesem Anlaß ersucht die Sek-

tionleitung alle auswärtigen Kollegen, welche in Leipzig in Stellung zu gehen gedenken, sich bei der Verwaltung zu erkundigen, am besten aber ist es, Leipzig möglichst zu meiden, um die Bewegung der Leipziger Kollegen schneller vorwärts zu bringen.

Lüdenscheid i. W. Eine außerordentliche Mitglieder-versammlung fand am 9. April hier statt. Obwohl ein jedes Mitglied einen Einladungsbrief erhalten hatte mit der Tagesordnung, war doch noch nicht die Hälfte der Kollegen erschienen. Leider sind auch wieder 8 Mitglieder abgereist. Die Agitation ist hier derart schwer, daß im ganzen ersten Vierteljahr d. J. nur eine Neuaufnahme zu erzielen war, die „Einheimischen“ glauben die Organisation nicht nötig zu haben. Es gibt hier und in der Umgegend mehr als 200 Holzarbeiter, wovon noch nicht 80 organisiert sind. Die Versammlung beschloß, daß zunächst für alle Werkstätten je ein Kollege als Vertrauensmann zu gewinnen ist, der die Agitation in Gemeinschaft mit der Lokalverwaltung betreibt, um so für das weitverzweigte Gebiet leichteres Arbeiten zu ermöglichen. Nach Ultena und Werzdahl mit Neuenrade sollen Agitationsausflüge arrangiert werden, daran soll jedes Mitglied teilnehmen. Kollege Kühn erstattete einen ausführlichen Bericht von der Gauhkonferenz. Es wurde begrüßt, daß weniger eine Tarif-, sondern mehr Kampfpolitik getrieben werden solle, da ein auf längere Zeit bindender Beschluß in den kleinen Orten hemmend wirke. Auch Bezirkskonferenzen hätten dann einen großen Wert, es könnten die zurückgebliebenen Gegenden eher mit fortgebracht und diese Kollegen organisiert werden. Für nicht richtig wurde es gehalten, daß die Gauhkonferenz über die Beitragsfrage abgestimmt hat, man hätte damit der Urabstimmung vorgeziffen. Die Versammlung ließ folgenden Antrag an den Verbandstag gut: „Wenn die Beitragsherhöhung angenommen wird, möge der Verbandstag die Unterstufungen durch Einführung einer höheren Klasse für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf je 15 Mt. pro Woche und die Meißelunterstützung um 10 Mt. erhöhen.“ Die Kollegen befürchteten anderenfalls einen Rückgang der sehr wieder gestiegenen Mitgliederzahl; auch müsse unser Verband mehr Unterstützung zahlen können, da der Metallarbeiterverband noch höhere (?) als die hier in Vorschlag gebrachten Sätze habe. Der Arbeitsvermittlung sollte allseitig ein größeres Interesse entgegengebracht werden. Kollege Kühn erklärte, daß die in Aussicht genommenen Mehreinnahmen lediglich zu Kampfmitteln Verwendung finden sollen, damit die so f e h l e n d e n Löhne, Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können und nicht so häufig die Unterstützungsanstalten des Verbandes zu Hilfe genommen werden müßten. Die letzte Tarifbewegung habe in einigen Orten wesentliche Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gebracht. Die Lüdenscheider Holzarbeiter würden aber wohl auf Jahre hinaus nicht mit in Betracht kommen bei derartigen Bewegung, da sei die Interesslosigkeit für den Verband zu groß und also eine gute Unterstützung gewiß wünschenswert, es frage sich nur, ob durch solche innere Mäßigkeit die Beitragsherhöhung nicht erst recht notwendig werde. In der nächsten Versammlung, am 30. April, soll speziell eine Beratung der zum Verbandstag gestellten Anträge erfolgen. Als Kandidat für unsere 72. Wahlabteilung wurde Kollege Bruno Kühn einstimmig gewählt.

Wühlberg. In der am 10. März abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zur Erhöhung der Beiträge. Man kam nach längerer Diskussion überein, daß es den örtlichen Verhältnissen entsprechend nicht möglich ist, die Beiträge noch weiter zu erhöhen, da die Kollegen hier noch einen Lohnsatz von 12 bis 18 Mt. bei 10stündiger Arbeitszeit haben. Es gibt hier noch viel indifferente Kollegen, bei denen es uns bei der jetzigen Beitragshöhe kaum möglich war, nennenswerte Fortschritte zu erringen; bei höheren Beiträgen wird das noch viel weniger möglich sein. Da sich aber die Unternehmer immer fester zusammenschließen und wir auch die finanzielle Lage des Verbandes verbessern müssen, kam man zu dem Entschluß, daß das einzig richtige Mittel die Einführung der Staffelbeiträge sei. Der jetzige Beitrag sollte als niedrigste Stufe bei einem Verdienst bis 18 Mt. gelten, bei einem höheren Verdienste ein höherer Beitrag zu zahlen sein. Auf dieser Basis ließe sich wohl bei einigem guten Willen und ein wenig Solidaritätsgefühl der besser entlohnerten Kollegen ein zufriedenstellendes Resultat erzielen. Ferner bitten wir noch die auswärtigen Kollegen, da unsere Verhältnisse seit dem letzten verloren gegangenen Streik nicht die glänzendsten sind und es hier noch sehr viel zu regeln gibt, unseren Ort etwas zu melden. Aber auch den hiesigen Kollegen möchte ich ans Herz legen, die Verbandsversammlungen besser zu besuchen und alle kleinen Dinge, Haber und Pant beiseite zu lassen und einmütig Mann für Mann zusammenzustehen, um uns gegenseitig zu erheben und zu stärken. Dann werden sich auch hier die Verhältnisse wieder klären.

Machshau b. Löwenberg i. Schlesien. Ein Eldorado für Drechsler ist die Werkstätte mit Wasserbetrieb des Herrn John hier selbst. Die Arbeitszeit ist ziemlich lang, genau feststellen läßt sie sich überhaupt nicht. Der höchste Verdienst ist 12 Mt. die Woche. Ueberstunden werden nicht besser bezahlt. Im Sommer kann derjenige, welcher Lust zur Landwirtschaft hat, solche nach Feierabend in den frühen Abendstunden betreiben, denn Herr John ist nebenbei noch Landwirt und liebt es, wenn seine Leute, die sich tagsüber in der Werkstätte abgerackert haben, des Abends noch die Feldarbeit besorgen; besonders die Lehrlinge, bei denen man es am liebsten sähe, wenn sie Tag und Nacht arbeiten. Und die Schlaueheit, die genannt Herr besitzt! Wenn Wassermangel herrscht, läßt er Akkord arbeiten, weil da die Maschine oder Drehbank langsamer geht. Die Verbandskollegen kann er selbstverständlich nicht leiden, weil sie seine Ansichten nicht immer gutheißen. Wir empfehlen den Kollegen, dieser Werkstätte so weit wie möglich aus dem Wege zu gehen.

Waltersdorf bei Buchholz i. S. Am 3. April fand im hiesigen Gasthof eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Thielmann aus Leipzig referierte über das Thema: „Haben die Holzarbeiter im Erzgebirge Vorteil von dem Abschluß der großen Tarifbewegung in der Holzindustrie?“ Er schilderte die Verhandlungen, welche jetzt in der Holzindustrie stattgefunden haben und zeigte, welche

Vorteile die Kollegen ohne Kampf errungen haben. Insbesondere wünschte er, daß auch im Erzgebirge ein derartiger Tarifabschluss zu Stande käme. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besprach der Redner auch die Verhältnisse in Jöhstadt, wo bei der Firma Pinger noch eine Arbeitszeit von 64 Stunden besteht (in Waltersdorf 58 Stunden), und daß Kollegen in Jöhstadt noch mit einem 14tägigen Verdienst von 25 Mt. arbeiten, mitunter noch weniger. Ja es komme vor, daß manche 14 Tage gearbeitet haben, und gar nichts herausbekämen. Herr Pinger ist aber dann so zuvorkommend, den Kollegen, wenn sie einige Mark mit nach Hause bringen wollten, einen Vorschuß zu gewähren. Dafür müssen sie aber einen Schuldschein unterschreiben. Derartige Verhältnisse können nur durch eine starke Organisation gebessert werden. Welcher Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Auch einige Beamte der Firma Pinger waren in der Versammlung anwesend und hörten mit Interesse den Ausführungen des Referenten zu. Nach Aufforderung des Vorsitzenden, fest zum Verbands zu halten, und an diejenigen, die noch nicht Mitglied sind, beizutreten, da nur durch Zusammenschluß etwas zu erzielen sei, fand die gut besuchte Versammlung, in welcher auch ein Teil unorganisierter anwesend war, ihren Schluß. — Gleichzeitig seien alle Kollegen und Kolleginnen auf das von den Chemnitzer Kollegen arrangierte Erzgebirgische Holzarbeiterfest aufmerksam gemacht, welches am 29. Mai in Buchholz-Ansb. berg stattfindet, und sind hierzu alle Kollegen mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Unsere Lohnbewegung.

In Finsterwalde sind die Differenzen in der Grammo-phongehäusefabrik von Hubert u. Ulrich noch nicht zu Ende. Es handelt sich um die Anerkennung eines Tarifvertrages und Festlegung eines Akkordtarifes. Veranlassung zu den Differenzen gaben fortwährende Abzüge. Die Arbeiter wollten einen Kassus im Tarif enthalten haben, wonach neue Muster in Lohn angefertigt und danach der Akkordpreis festgesetzt werden soll. Herr Ulrich will eine Quadratmeter-Berechnung einführen, durch welche sich die Kollegen benachteiligt fühlen. Aus diesem Grunde lehnen sie das Ansuchen der Firma ab. Es finden nun seit Donnerstag, den 14. April, Verhandlungen statt. Bisher ist es möglich, eine Verständigung herbeizuführen. Alle Kollegen dieses Betriebes sind langjährig organisierte Kollegen. In dem Betrieb ist nicht ein Kollege zurückgeblieben. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Das einmütige Zusammenhalten mag wohl Herrn Ulrich zum Nachgeben veranlaßt haben. Die Kollegen hoffen, die Differenzen bald in zufriedenstellender Weise beenden zu können.

In Halle a. S. herrschen in der Karosserie- und Luxuswagenfabrik von Ludwig Mathe u. Sohn seit längerer Zeit in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Leistungen von Ueberstunden recht ungünstige Verhältnisse. Die Folge davon war, daß die in diesem Betriebe in Arbeit getretenen Kollegen meist nach ganz kurzer Dauer das Arbeitsverhältnis wieder lösten und abreißen. Jetzt ist es durch Verhandlungen zwischen der Firma und der hiesigen Organisationsleitung gelungen, Vereinbarungen zu treffen, nach welchen die wöchentliche Arbeitszeit auf 80 Stunden festgesetzt ist. Der Mindestlohn für Kastenheifer beträgt ab 1. April 1910 88 Pf. pro Stunde, ab 1. April 1911 40 Pf. pro Stunde. Auf alle bestehenden Löhne der Kastenheifer und Tischler erfolgt ab 1. April 1910 ein Zuschlag von 8 Pf. pro Stunde und ab 1. April 1911 ein weiterer Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden nur in dringenden Fällen geleistet und wird hierfür ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Es ist hierzu zu bemerken, daß der Mindestlohn bisher 82-85 Pf. pro Stunde betrug. Für Ueberstunden wurde, trotzdem dieselben sehr zahlreich geleistet werden mußten, ein besonderer Zuschlag überhaupt nicht gezahlt. Durch diese Vereinbarung ist also für die Kollegen ein guter Schritt nach vorwärts getan worden. Hoffen wir, daß die Kollegen durch geschlossene Einigkeit und Festhalten an der Organisation in der Zukunft noch weitere derartige Erfolge verzeichnen können.

In Gersteborf i. Miesengeb. ist der Streik in der Möbelfabrik von Gebr. Wallfisch nach dreitägiger Dauer mit Erfolg beendet worden. Ein Vertrag bis 15. Juni 1912 wurde abgeschlossen. An den Kollegen ist es nun, an dem Errungenen festzuhalten und auf der geschaffenen Grundlage weiter zu arbeiten.

In Leipzig ist es durch gemeinsames Vorgehen der Stellmacher, Schmiede, Sattler und Lackierer gelungen, auf friedlichem Wege mit den Wagenfabriken eine Einigung herbeizuführen. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit auf 0 1/2, Sonntags 8 1/2 Stunden festgesetzt wird. Für die einzelnen Branchen sind Mindestlöhne vereinbart. Soweit Stellmacher in Frage kommen, betragen dieselben für selbständige Kastenmacher 68 Pf., für Mad- und Gestellmacher 64 Pf., für erste Kastenheifer 48 Pf., für zweite Kastenheifer und Ausgelernte bis zu zwei Jahren noch beendeter Lehrzeit 45 Pf. Arbeiter, welche die Mindestlöhne erreicht haben oder 1 Pf. unter dem Mindestlohn entlohnt werden, wird nebst Zuschlag für die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt. Ab 1. April 1912 tritt, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Mindestlöhne ein. Der Vertrag, der für vier Betriebe mit etwa 120 Arbeitern, darunter 23 Stellmachern, gilt, läuft bis zum 1. April 1913.

In Liegnitz ist der wegen Vertragsdifferenzen bei der Firma S. Freische u. Co. ausgebrochene Streik durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht nach einwöchentlicher Dauer beendet und die Arbeit seit Montag, den 10. April, wieder aufgenommen worden.

In Röhau und Georgswalde dauert der Streik in den Pianofortefabriken von Förster noch unverändert fort. Die Firma rühmt in den ihr zur Verfügung stehenden Blättern die getreuen Arbeiter, die stehen geblieben sind. Was es damit auf sich hat, zeigt die Wahl des Fabrikarschusses, die am 31. März vorgenommen wurde. Hierbei wurden 45 weiße und 15 unglückliche Stimmen abgegeben. Die Vorgesetzten erhielten 2 bis 21

Stimmen und sind als gewählt proklamiert, während die vor dem Streik mit 200 bis 249 Stimmen Gewählten nicht anerkannt, sondern entlassen wurden. Tatsächlich arbeiten die Kollegen verschiedener Branchen mit Zustimmung der Streikleitung weiter. Die Firma gibt sich große Mühe, aus Schlesiern, Brandenburg und Böhmen Streikbrecher heranzuziehen, denen große Versprechungen gemacht werden. Auch ein Umgefallener, der als Lohn für seinen Verrat 20 Mk. erhalten hat, gibt sich, wenn auch vergeblich, Mühe, weitere Kollegen zum Umfall zu bewegen. Die Hälfte der Kollegen ist abgereist; in Abbau sind nur noch circa 70 Mann. Burtzeit werden auf Veranlassung der Stadtverwaltung durch das Gewerbeamt in Abbau Verhandlungen angebahnt. Auch die Stadtverwaltung in Georgswalde und die dort zuständige österreicherische Bezirkshauptmannschaft bemühen sich um Herbeiführung des Friedens. Mit welchem Erfolg bleibt abzuwarten.

In München haben die Marktleitender bewiesen, welche Erfolge erzielt werden können, wenn eine gut organisierte Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenübersteht. Von den Arbeitgeber wurde der 1908 abgeschlossene Tarif gelündigt. Als Antwort darauf stellten die Kollegen die Forderung, die Akkordpreise um 10 Pf. pro Quadratmeter zu erhöhen, und legten, als die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machten, am 2. April geschlossenen die Arbeit nieder. Montag, den 4. April, vormittags 9 Uhr, meldeten sich die Kollegen bis auf den letzten Mann im Appellort. Diese Geschlossenheit machte die Arbeitgeber flugs und in den folgenden beiden Verhandlungen zeigten sie bedeutend mehr Entgegenkommen. Am 8. April waren wieder Verhandlungen am Gewerbeamt anberaumt, in welchen nach fünfständigen, zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen ein Tarif vereinbart wurde, welcher eine Erhöhung der Akkordpreise um 8 Pf. pro Quadratmeter und sonstige wesentliche Verbesserungen enthielt. Am 9. April wurde von der Lohnkommission Bericht erstattet und der Tarifvertrag einstimmig angenommen. Montag, den 11. April, wurde die Arbeit wieder voll aufgenommen.

Auch bei den Korbmachern ist es endlich nach vier Jahren gelungen, einen Schritt vorwärts zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen. In diesem Gewerbe bestand noch die 60stündige wöchentliche Arbeitszeit, ein Stundenlohn von 35 und 40 Pf., der im Akkord oft nicht erreicht wurde, trotzdem die Garantie des Stundenlohnes im Tarif festgelegt war. Es fehlte die nötige Energie der Kollegen, in allen Werkstätten diesen Passus durchzusetzen. In dem neuen Tarif wurde die 48stündige Arbeitszeit, ein Stundenlohn für Gestellarbeiter von 50 Pf., für geschlagene von 45 Pf. festgesetzt. Bei Akkordarbeit muß der Stundenlohn garantiert und wöchentlich ausgehahlt werden. Wenn die Kollegen einigermaßen zusammenhalten, wird es ein leichtes sein, in allen Werkstätten den Tarif hochzuhalten, zumal nur 26 Kollegen bei 18 Meistern in Frage kommen.

Nach vierwöchigem Kampfe wurde bei der Firma Gebr. Reichardt, Automobilfabrik, eine Einigung erzielt und die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in den übrigen Lugs Wagenfabriken wurde der gekündigte Vertrag erneuert und nun ein gemeinsamer Tarifvertrag für alle Fabriken abgeschlossen. Erreicht wurden 8 Pf. Stundenlohnserhöhung auf die schon bestehenden Löhne und eine Erhöhung des Mindestlohnes um 4 Pf. Die Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 52 Stunden konnte leider nicht durchgerungen werden. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Mai 1914. In den Kollegen liegt es nun, das Errungene hochzuhalten und die Tarifdauer zur eifrigen Agitation auszunutzen, damit wir auch mit der Arbeitszeit 1914 Besaße legen können.

In Uerdingen a. Rh. haben die Stellmacher und Schreiner der Waggonfabrik den seit 1905 bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Derselbe läuft am 1. Mai ab. Ansehend glaube die Betriebsleitung, durch Kündigung eines Lohnkommissionsmitgliedes die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Die Kollegen erklärten sich aber mit dem gekündigten solidarisch und reichten am 6. April die Gesamtkündigung ein. Mittlerweile ist die Kündigung des Kollegen auf Vorschlagwerden des Arbeiterausschusses zurückgezogen worden. Da die Firma dazu überging, den in Frage kommenden Kollegen die Wohnung zu kündigen und die Regelung der Tariffrage brennend geworden ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampfe kommt. Wenn auch die Firma geneigt ist, mit uns zu verhandeln, so gebietet uns die Vorsicht, die Kollegen zu ersuchen, Uerdingen nicht zu überlaufen.

Aus der Holzindustrie.

„Wie sie Wort halten“!

Einigen Herren der Nürnberger Holzindustrie, so schreiben uns die Arbeitervertreter der Nürnberger Schlichtungskommission, ist es in den Sinn gekommen, der „Fachszeitung“ einen längeren Artikel über die Vertragsuntreue der Nürnberger Gehilfen zu schreiben. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt diese Sündenlitanei zum Abdruck, die Bemerkung anknüpfend, sie behalte sich ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit vor, bis die in Aussicht gestellte Erwiderung der Nürnberger Lokalverwaltung vorliegt. Als wir den Artikel lasen, erkannten wir sofort, daß hier ein Spahnbogel den üblichen Aprilscherz, den einige hiesige Unternehmer jedes Jahr liefern, in der „Fachszeitung“ an den Mann gebracht hatte. Bisher haben wir diesen Herren ihr Vergnügen nicht gestört, und es wäre aus diesem so gehalten worden, wenn nicht die „Holzarbeiter-Zeitung“ den „Burm“ gar zu ernst genommen hätte.

Wenn wir in Nürnberg wirklich auf dem Standpunkt ständen, den Akkord unter allen Umständen abzulehnen, so hätten wir das beim Vertragsabschluß getan, denn der Streik hätte deswegen keine 5 Minuten länger gedauert. Aber wir haben der Wiedereinführung des Akkords nichts in dem Weg gelegt, nur über die Akkordbedingungen wollten wir absolut ein Wortchen mitreden, denn ohne Einigung über diese Punkte war es völlig ausgeschlossen, daß wir die Einführung des Akkords in Nürnberg jemals

zulassen. Selbst heute nicht, auch wenn der glückliche Beschwerdeführer, nachdem er beim Pontius war, jetzt noch zum Pilatus laufen sollte, wäre eine andere Haltung ausgeschlossen. Das sollten die Herren schon wissen, daß ihr beschrittener Weg nichts nützt. Wie kam es nun, daß sich in Nürnberg einige Unternehmer erkranzt fühlten?

Bei der ersten Verhandlung über unsere Forderung im April vorigen Jahres, regten einige Unternehmer die Wiedereinführung der Akkordarbeit an, und betonten ausdrücklich, sehr gern höhere Löhne zahlen zu wollen, wenn nur der Akkord wieder eingeführt würde. Darauf antwortete damals namens unserer Vertreter Kollege Schneppenhorst laut Protokoll wörtlich:

„Akkord läßt sich nur gegen Lohngarantien einführen; 2 Pf. Lohnerhöhung ist aber keine Basis hierfür.“ Also schon in der ersten Verhandlung wurde unsererseits eine höhere Lohngarantie bei Akkordarbeit gefordert. In den weiteren Verhandlungen während des Streiks wurde die Akkordarbeit nur noch nebenbei erwähnt, und erst gegen Ende des Streiks hatten die Unternehmer in ihrem Vertragsentwurf den „harmlosen“ Satz eingefügt: „Dem einzelnen Arbeiter bleibt Akkordarbeit unbenommen.“ Aus Argwohn, und auch aus dem Grund, nach der Wiederaufnahme der Arbeit ein gesundes Akkordverhältnis zu erhalten, bestanden wir darauf, im Vertrag eine Bestimmung zu treffen, die die Regelung der Akkordvereinbarungen der Schlichtungskommission überwies. Diese Bestimmung lautet: „Die Akkordarbeit ist zulässig, sobald die Akkordsätze von der Schlichtungskommission festgesetzt sind.“ Nun heißt es in dem Artikel der „Fachszeitung“ in bezug auf diese Bestimmung: „Die hauptsächlichsten Punkte wurden ohne Zeitvergeudung klar niedergelegt, über die nebensächlicheren Bedingungen ging man auf der Unternehmerseite ohne Argwohn leicht hinweg.“

Obwohl wir bei der Besprechung dieser Bestimmung keinen Zweifel darüber ließen, daß wir unter allen Umständen den erhöhten Garantielohn auch in der Schlichtungsfähigkeit verlangen würden, erklärten die Herren heute, sie seien über diese Frage ohne Argwohn nebensächlich und leicht hinweggegangen. Selbst wenn es wahr ist — können wir für diese klare Aufmerksamkeit der Unternehmer verantwortlich gemacht werden? Aber wir können nachweisen, daß die Herren damals nicht so ganz schlecht aufgemerkt haben. Denn als wir nach der Wiederaufnahme der Arbeit mit den Herren zusammentraten, um über die Regelung des Akkords zu sprechen, haben wir gleich wieder die erhöhte Lohngarantie gefordert, worauf Herr Knöllinger uns ersuchte den Garantielohn in einer allen Einzelverhältnissen entsprechenden Form fassen zu wollen. Nachdem wir darauf als Norm 10 Proz. vorschlugen, wollte Herr Knöllinger gleich von 10 auf 5 Proz. handeln und als wir bei dem vorgeschlagenen Prozentsatz stehen blieben, erklärte er, unsern Vorschlag seinen Mitgliedern unterbreiten zu wollen, dabei bemerkend, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß über diesen Punkt eine Einigung bald zu erzielen sei. Sonderbarerweise versuchten die Unternehmer in den darauf stattfindenden Sitzungen den Garantielohn zurückzuschieben, um vorerst die Akkordsätze festsetzen zu können. Als dies nicht gleich gelingen wollte, meinte Herr Knöllinger, es könne von einem Zuschlag von 10 Proz. von „vornherein“ nicht die Rede sein. Gleichzeitig suchte er uns den Fürtter Bauerschreinerlarif aufzureden, anstatt wie wir es verlangt hatten, einen Entwurf den Verhältnissen Nürnbergs entsprechend vorzulegen. Als wir uns mit Recht gegen diese Taktik wandten, wurden die Herren grob, und Herr Knöllinger erklärte kategorisch, der erhöhte Garantielohn sei vertragswidrig. Am Schluß der Sitzung ließ er den nunmehrigen Standpunkt des Unternehmervereins folgendermaßen ins Protokoll notieren: „Wenn der Arbeiter bei erstmaliger Ausföhrung durch den Akkordsatz seinen garantierten Wochenlohn oder mehr verdient hat, so gilt dieser Akkordsatz als Norm für weitere Anfertigung und kann eine Lohngarantie nicht mehr gegeben werden.“ Darauf hielten wir ein weiteres Verhandeln zunächst für überflüssig, und gaben die Erklärung zu Protokoll, daß wir nach wie vor bereit seien, die Akkordsätze zu regeln, sobald die von uns gestellten Vorbedingungen und Grundsätze festgelegt sind.

Kurze Zeit nach der Sitzung haben sich die Unternehmer an die Berliner Zentrale gewandt, und Beschwerde über Nichterfüllung des Vertrages geführt und verlangt, daß unser Zentralvorstand davon Kenntnis erhalte. Auf Anfrage teilten wir dem Vorstand mit, daß wir bereit seien über die Akkordfragen weiter zu verhandeln. Daraus schließen nun die hiesigen Unternehmer, der Vorstand habe uns die gebührende Antwort wegen der frivolen Ueber-treibung schon gegeben, was daraus zu ersehen sei, daß wir jetzt wieder zur Aufnahme der Verhandlungen bereit seien. Diese Schlussfolgerungen sind uns so sonderbarer, als doch im letzten Protokoll von uns ausdrücklich schriftlich erklärt wurde, daß wir zu weiteren Verhandlungen bereit seien.

Aber lassen wir dem Leiter des Nürnberger Bezirksverbandes die Genugtuung, die ihm scheinbar so glücklich macht, und sehen wir seinen Erfolg einmal praktisch an. Die ganze Taktik des Herrn Knöllinger hat dazu geführt, daß 5 Unternehmer in der letzten Sitzung fehlten, weil

ihnen die Wiedereinführung des Herrn Knöllinger mit der Zeit nicht mehr behagte. Trotzdem nun Herr Knöllinger, also ganz allein mit dem Buchführer der Firma Esser anwesend war, hatte er den Mut, von uns zu verlangen, daß wir mit ihm in Verhandlungen treten und bestimmte Erklärungen abgeben sollten. Dazu ließen wir uns nicht herbei, da fünf derjenigen Meister fehlten, die auf die ganze Gestaltung der Dinge am Orte wesentlichen Einfluß haben. Herr Knöllinger ist uns allein nicht maßgebend, und da uns sein Schulmeisterlorn nicht paßte, ließen wir ihn sitzen und gingen unsere Wege. Entscheidend in der Akkordfrage ist und bleibt die Schlichtungskommission, und solange Herr Knöllinger allein kommt, wird er allein sitzen gelassen. Erst Garantielohn dann Akkordsätze, oder es bleibt beim Lohn wie bisher.“

Unsere Nürnberger Kollegen werden es sich schon gefallen lassen müssen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ das Wort nimmt, wenn die Gesamtinteressen der Organisation in Frage kommen. Wenn einem so bedeutsamen Gliede unseres Verbandes wie der Nürnberger Bezirksstelle in aller Öffentlichkeit der Vorwurf doloser Auslegung eingegangener vertraglicher Abmachungen gemacht wird, so steht die Vertragsfähigkeit, die Ehre des Gesamtverbandes auf dem Spiele und das offizielle Organ des Verbandes hat die Pflicht, auf Klärung zu drängen. Daß die Mahnung notwendig war, beweist ja die oben erwähnte Bemerkung der Nürnberger, daß nicht beabsichtigt gewesen sei, zu antworten.

Und nun zu den Herren vom Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe und verwandter Berufe in Nürnberg. Die Herren werden zugeben, daß nach der obigen Darstellung die Dinge ganz anders liegen als sie sie vorgeführt haben. Sie werden den Vorwurf der böswilligen Auslegung vertraglicher Bestimmungen durch die Nürnberger Verwaltung unseres Verbandes nicht mehr aufrecht erhalten können. Es kann keine Rede davon sein, daß der die Akkordarbeit behandelnde Passus im Nürnberger Vertrag durch die Gutgläubigkeit der Herren Arbeitgeber Aufnahme im Vertrage gefunden habe und nachträglich von den Arbeitern in doloser Weise ausgelegt werde. Es muß vielmehr als festgestellt erachtet werden, daß die Arbeiter von vornherein die Bedingung einer höheren Lohngarantie an die Einführung der Akkordarbeit knüpften, es ist ferner klipp und klar nachgewiesen, daß die Herren Arbeitgeber sich zunächst auch mit diesem Gedanken befreundet hatten, erst später sind ihnen Bedenken gekommen, zeigte sich ihr Widerspruch.

Die Herren vom Nürnberger Schutzverband haben also gar keinen Anlaß zu ihrem Lamento gehabt. Sie hätten aber auch wissen müssen, daß man über dergleichen nicht in der „Fachszeitung“ schreibt, und wenn sie es nicht wußten, so hätte die Fachzeitung sie darauf aufmerksam machen müssen, daß man im Hause des Henkers nicht vom Stricke reden und in der „Fachszeitung“ nicht von böswilliger Auslegung von Tarifverträgen schreiben darf. Bei ihren engen Beziehungen zur Leitung des Schutzverbandes, muß die „Fachszeitung“ wissen, daß dort, wir möchten fast sagen, tagtäglich Beschwerden gegen Mitglieder des Schutzverbandes wegen illoyaler Auslegung der getroffenen Vereinbarungen einlaufen. Da muß heute Beschwerde geführt werden, weil die Arbeitgeber in U. der Akkordarbeit zuwider Maßregelungen vornehmen und morgen wird geklagt, daß die Holzindustriellen in B. vertragswidrig Auslese unter den Ausständigen halten; übermorgen wieder wird aus X. und Y. Klage geführt, daß die Arbeitgeber durch Arbeiterwechsel und Einföhrung neuer Muster oder anderer Arbeitsleistung die vertraglichen Abmachungen zu umgehen versuchen. Ganze Bände müßte man schreiben, wenn man die Sünden der Arbeitgeber auf diesem Gebiete einzeln aufzählen wollte.

Nur ein paar ganz trasse Fälle, die ohne weiteres Nachsuchen zur Hand liegen:

Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, wie im Vorjahre die Berliner Holzindustriellen unter der glorreichen Führung der Leitung des Schutzverbandes sich bemühten, die Berliner Holzarbeiter um die den letzteren vertragsmäßig zugesicherte Arbeitszeitverkürzung zu prellen. Es bedurfte des Anrufens und Einschreitens des Einigungsamtes des Berliner Gewerbeamtes, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

In Höchst gaben die Herren Holzindustriellen beim Friedensschluß die Versicherung ab, daß in allererster Linie die noch am Orte verhandenen und von der Aussperrung betroffenen Kollegen eingestellt würden. Wie ging aber nun die Sache vor sich? In der ersten Woche wurden von 200 Kollegen 88 eingestellt und bis zum 23. März weitere 40, etwa 30 fingen im Launus an, so daß an diesem Tage noch 38 verheiratete Arbeiter arbeitslos waren. Als dieses den Herren in einer Sitzung der Schlichtungskommission vorgelegt und Einstellung verlangt wurde, hatten sie allerlei Ausreden. Es sei Arbeitsmangel, hieß es, andere gaben vor, nicht gewußt zu haben, daß die noch außenstehenden Schrankschreiner auch bereit wären, auf Garnituren und Bettstellen zu arbeiten. Es konnte den Herren jedoch nachgewiesen werden, daß seit 15. Februar, dem Beginn der Arbeitsaufnahme, etwa 30 zugereiste Schreiner eingestellt worden sind. Weiter wurde denselben bedeutet, es würde als selbstverständlich betrachtet, daß die seitherigen Schrankschreiner auch andere Arbeiten verrichten müßten. Die Herren erklärten hierauf, daß sie noch einmal alles versuchen wollten, um ihre Kollegen zur schnelleren Einstellung zu veranlassen. Seit der Sitzung haben die Herren bereits wieder 10—12 zugereiste Schreiner eingestellt, während heute, nachdem über ¼ Jahr seit dem Friedensschluß vergangen ist, noch zehn

Mann sich auf der Strecke befinden. Und alles das, obwohl unser Verbandsvorstand wiederholt und eindringlich Beschwerde beim Vorstand des Schutzverbandes geführt hatte.

Ähnliches wurde beim Friedensschluß in Mannheim-Ludwigshafen erlebt. Dort gab die Firma Fasig u. Sohn den Abmachungen über die Wiedereinstellung der Ausständigen eine Deutung, die in direktem Gegensatz zum Sinne der Abmachungen stand, trotzdem aber damit die Zustimmung der Arbeitgeberorganisation fand.

Zuletzt ein Fall, der mit dem Münberger viel Ähnlichkeit hat, nur mit dem Unterschied, daß wir die dolose Auslegung der getroffenen Vereinbarungen durch die Arbeitgeberorganisation dokumentarisch belegen können. In Mannheim-Ludwigshafen war beim Friedensschluß protokolllarisch festgelegt: „Der Tarif für Werkstattschreiner und Bauanschläger soll am 15. Januar in Kraft treten und sollen die Verhandlungen möglichst bald angefangen werden.“

Es bedurfte langen Mahnens, ehe es die Herren der Mühe wert hielten, die Regelung der Tariffrage näher zu treten. Endlich kam am 12. Januar ein Bauanschläger-Tarif, bei welchem aber keineswegs die vereinbarte Lohn-erhöhung Platz gegriffen hatte. Dazu folgendes Schreiben:

Stillestehend übersenden wir Ihnen den gewünschten Tarifvertrag über Aufschlagen von Bauarbeiten in Mannheim und Ludwigshafen mit dem Bemerkten, daß die darin genannten Vorkordsätze die weitgehendsten sind, die wir gewähren können. Weitere Verhandlungen werden nicht geführt.

Wir sehen Ihrer zustimmenden Antwort entgegen und zeichnen

Hochachtung!

Schreinermeister-Vereinigung Mannheim.

F. A. Friedr. Herz.

Südwestdeutscher Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe. Der Geschäftsführer Dr. Reiner.

Natürlich waren unsere Kollegen damit nicht zufrieden und drangen von neuem auf Erledigung. Worauf von Dr. Reiner ein Schreiben folgenden Inhalts einging:

„Hierdurch teilen wir Ihnen höflichst mit, daß die Firma Heinrich Fasig und Sohn in Ludwigshafen durch Verhandlungen mit ihrer Arbeiterschaft den Vorkordtarif für ihren Betrieb schon Ende letzten Jahres festgelegt hat.“

Die Firma hatte mit den während des Ausstandes eingestellten Arbeitswilligen einen Tarif aufgestellt und das Sekretariat des südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe ersuchte damit die vertraglichen Abmachungen für erfüllt. Auf erneutes Drängen setzte sich dann der Vorstand der Schreinermeistervereinigung Mannheim-Mühl mit folgendem Schreiben über die getroffenen Vereinbarungen hinweg:

Mannheim, den 12. Februar 1910.

III. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Hauptstelle Mannheim.

Hierdurch möchten wir Ihnen höflichst mitteilen, daß in unserer letzten Versammlung beschlossen wurde, von einer Aufstellung des Preisstarifes für Bauanschläger abgesehen und es jedem einzelnen Mitglied überlassen die Arbeiten im Tagelohn anzuschlagen oder den Preis für das Aufschlagen mit dem betreffenden Arbeiter zu vereinbaren.

Wir ersuchen um diesbezügliche Empfangsbestätigung.

Der Vorstand

der Schreinermeister-Vereinigung Mannheim.

gez. Friedrich Herz.

In der nunmehr am 14. März stattgefundenen Schlichtungskommissionssitzung hatte der Vertreter des südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe, Herr Dr. Reiner, die Stirn, die obige protokolllarische Festlegung so zu interpretieren, daß das Wort „soll“ nicht zwingend sei. Die Arbeitgeber hätten nach dieser Abmachung nicht nötig einen Vorkordtarif der Bauanschläger zu vereinbaren. Dieser Herr Dr. Reiner ist nun nicht etwa irgend ein Abelichiger. Nein, es ist eine Größe des Schutzverbandes, ein berufsmäßiger Vertreter desselben, der z. B. in einzelnen Phasen der letzten Tarifbewegung von ausschlaggebendem Einfluß in der Arbeitgeberorganisation war.

Das mag vorläufig genügen. Wenn's den Herren nach mehr gelüftet, werden wir ihnen dienen.

Die Münberger Herren und auch die Fachzeitung haben also gar keine Veranlassung, sich irgendwie aufzuregen. Die Wiedermahnprobe mit der erhobenen Hand warnend zu den Arbeitgebern: „Nehmt Euch vor den schlimmen Holzarbeitern in Acht!“ steht ihnen „st. Und auch das pharisäische: „Ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie jene.“ können sie sich ganz ruhig schenken. In unserer Organisation ist unverrückbarer Grundsatz, der nach allen Seiten verteidigt wird: Möglichst günstige Abmachungen für unsere Kollegen, nach getroffener Vereinbarung loyale Handhabung des Vertrages.

Eine hübsche Innungsgeschichte wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Nürnberg berichtet: Vor einigen Jahren hat die hiesige Stadtverwaltung beschlossen, daß Mitglieder des Magistrats und des Gemeindefollegiums sich an Arbeit und Lieferungen für die Stadt nicht beteiligen dürfen. Vor einiger Zeit hatte nun die Stadt eine größere Lieferung Schulbänke zu vergeben, und ein Teil davon fiel der hiesigen Schreiner-Innung zu. Der Obermeister der Schreiner-Innung aber ist der Gemeindevollmächtigte Herr Spönemann, ein eifriger, oft freilich nicht übermäßig geschickter Vorkämpfer der sog. Mittelstandsabewegung. Da wurde nun kürzlich von sozialdemokratischer Seite der Vorwurf erhoben, daß der

Innungsobermeister bei der Verteilung jener Lieferung an die Innungsmitglieder seine eigene Werkstatt ebenfalls bedacht und somit der Vorschrift zuwider sich als Gemeindevollmächtigter an einer Arbeit für die Stadt beteiligt habe. Die darauf angestellte Untersuchung hat in der Tat ergeben, daß die fraglichen Arbeiten von dem Schwiegersohn und dem Gehilfen des Obermeisters in dessen Werkstatt und mit dessen Werkzeug angefertigt worden sind. Der Magistrat hat darauf beschlossen, der Schreiner-Innung die städtischen Arbeiten zu entziehen, so lange bis sie einen für das Halten der Verträge zuverlässigen Vertreter ernenne. Durch ihren würdigen Obermeister kommen somit die Mitglieder der Innung um ihre Arbeit. Auch ein „Mittelstandsrechtler“!

Die vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple u. Wurgaum in Kuggsburg sind in der angenehmen Lage, trotz Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Million und trotzdem diese Million junger Aktien an der Dividende teilnimmt, eine solche von 25 Proz. ausschütten zu können. Der Nettogewinn beträgt 878 822 Mk., wozu noch ein Vortrag von 208 961 Mk. des Vorjahres kommt. Der Vorstand erwartet, daß die Vergrößerung der Sicherheit und die Konzentrierung und Ausgestaltung der Schreinererei dem neuen Jahre zustoßen kommen wird. — Mit anderen Worten, für nächstes Jahr hofft man höhere Dividende zu zahlen, und zwar durch bessere Ausgestaltung, Antreiberei und Vorkordpreisregulierungen in der Schreinererei. Da die Direktion ihre Schreiner so gut kennt, wie wir auch, so glauben wir, daß es ihr auch gelingen wird, die Prophezeiung wahr zu machen.

Das Berliner Pulskontor war in diesem Jahre in der Lage, eine Dividende von 3 Proz. zu verteilen gegen 2 Proz. im Vorjahr. In der anfangs April abgehaltenen Generalversammlung äußerte die Verwaltung Befürchtungen wegen der in Aussicht stehenden allgemeinen Bauarbeiterausperrung. Wenn die Ausperrung erfolge, werde das natürlich auch auf die Gesellschaft von Einfluß sein. Der Holzverkauf sei zwar nur ein Geschäftszweig; aber bei einer Ausperrung würden zweifellos viele kleine Größtungen zugrunde gehen; auch würden viele Probierstunden der Gesellschaft im Falle einer Ausperrung ihre Lager nicht verkaufen können. Die Verwaltung hofft, daß doch noch

vielleicht eine Einigung in ganz Deutschland zustande kommt. — Die Abstellfächer der Gesellschaft ist gut beschäftigt.

Eingefandt.

Zentralkommission der Vergolber.

Die Zentralkommission hat zu dem Antrage, betreffend Abhaltung einer Branchenkonferenz der Vergolber, Stellung genommen. Die Zentralkommission hält die Sache noch für verfrüht und schließt sich dem Vorschlage der Münchner Sektion an, welcher besagt, daß zunächst einmal alle Sektionen genügend Material sammeln, damit die Konferenz weithin, mit was sie sich beschäftigen soll. Wenn alles gut vorbereitet ist, wird die Zentralkommission aufs neue zur Abhaltung einer Konferenz Stellung nehmen. Inzwischen empfiehlt die Zentralkommission allen Sektionen, ihr Hauptaugenmerk auf die Agitation und Organisation der Kollegen und Berufsgenossen zu richten. Auch von seiten der Zentralkommission wird alles mögliche für die Agitation getan werden. Die Hauptsache ist, daß die Zentralkommission von allen Sektionen gut unterstützt wird, dann wird auch eine bessere Fühlung mit den Kollegen stattfinden.

Die Zentralkommission der Vergolber.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Kometen, Wissenschaft und Aberglaube von Fritz Dibel und Franz Dieblich. Dresden 1910. Verlag von Kaden u. Co. Preis 1 Mk.

Die bevorstehende Wiederkehr des Halleyschen Kometen hat die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf diesen „Vagabunden des Himmels“ gelenkt. Wenn man auch heute dem Sichtbarwerden des Kometen in der Kulturwelt nur als einer sehr interessanten Naturerscheinung entgegensteht, so hat früher das Erscheinen eines Kometen vielfach Angst und Schrecken ausgelöst. Und auch heute noch gibt es genügend unwissende und abergläubische

Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1910.

Gau	Anzahl der Mitglieder im 1. Quartal	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten								
		vom letzten Quartale	Zugang in diesem Quartale	Gesamtzahl	am letzten Tage des Quartals		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
							Mitgl.	Tage	Mk.	Stk.	Mitgl.	Tage	Mk.	Stk.	
Danzig	34	2775	227	300	617	78	2	198	9383	4488	81	115	198	176	50
Stettin	39	8100	141	330	471	60	4	190	2678	8890	52	450	708	608	50
Breslau	45	6842	270	557	827	119	6	428	6057	10495	78	409	679	588	88
Berlin	95	32757	2050	8990	11040	1898	15	2772	87811	87788	48	1110	1087	1888	90
Dresden	55	12430	516	1807	1823	258	19	984	12102	21608	20	735	1127	980	24
Leipzig	59	14017	394	1215	1609	163	14	728	9988	16041	66	906	1296	1057	71
Erfurt	61	5187	187	225	412	55	6	221	2649	8658	94	508	774	685	84
Magdeburg	36	6059	282	526	788	77	10	500	6478	10798	02	932	1450	1808	04
Hamburg	64	16486	758	2887	8645	519	65	1147	18332	28088	41	2481	8760	8849	77
Hannover	44	8912	388	1091	1470	208	19	649	11074	17045	93	1877	2119	1798	05
Düsseldorf	56	7670	292	767	1020	86	17	894	5558	9184	19	1498	2184	1892	80
Frankfurt	62	9478	640	982	1631	182	10	665	11140	20076	53	1264	2098	1786	90
München	40	9137	307	609	916	128	8	694	8410	14248	56	562	979	907	65
München	41	8975	309	959	1268	109	7	808	6850	10988	29	627	1201	1067	69
Stuttgart	92	8921	395	447	842	59	18	448	5368	9089	22	915	1578	1291	96
Hauptklasse	—	601	4	18	22	3	—	12	210	808	05	22	42	84	20
1. Quartal 1910	823	150805	7119	21900	28419	3475	215	10276	146095	245847	57	14091	22080	19272	76
4. „ 1909	821	149517	2781	23218	25949	7119	219	7287	98859	196728	46	12557	21528	19960	71
3. „ 1909	811	147935	4493	20478	24971	2717	259	5872	70464	107826	96	21867	36715	34683	70
2. „ 1909	810	145590	6816	16694	28010	4491	363	8027	114299	160883	19	22502	38008	85847	27
1. „ 1909	809	144424	12661	26140	38801	6316	245	14566	228160	315099	24	14527	23856	21940	49

Im ersten Quartal 1910 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 28 419, gegen 25 949 im vierten und 38 801 im ersten Quartal 1909. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen hat sich also gegen das vierte Quartal um 2470 vermehrt, bleibt jedoch gegen das erste Quartal 1909 um 9382 zurück. Nach Abzug der aus dem vorigen Quartal übernommenen Arbeitslosen stellt sich die Zahl der im Berichtsquartal neu gemeldeten auf 21 300, ein Zugang, der sich gegen den des vorigen Quartals um 1918, gegen den des ersten Quartals 1909 um 10 382 verminderte. Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 18,9, gegen 17,3 im vierten und 26,9 im ersten Quartal 1909. Am letzten Tage des Vierteljahres waren 2,3 Prozent der Mitglieder arbeitslos, das ist um mehr wie die Hälfte weniger als am Schluß des vorigen Quartals mit 4,7 Proz., während auf den letzten Tag des ersten Quartals 1909 4,4 Proz. entfielen.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist von 7287 im vorigen Quartal auf 10 278 im Berichtsquartal gestiegen, bleibt aber erheblich gegen die des ersten Quartals 1909 mit 14 866 unterstützten Arbeitslosen zurück. Auf hundert Arbeitslose entfallen 36,2 Unterstützte, gegen 28,1 Proz. im vorigen Quartal und 33,3 Proz. im ersten Quartal 1909.

Die Durchschnittszahl der Tage, für die Unterstützung gewährt wurde, beträgt 14,2. Im vorigen Quartal belief sich dieselbe auf 13,6 und im ersten Quartal 1909 auf 15,3 Tage. Eine wesentliche Abweichung ist hier nicht eingetreten. Dagegen hat der durchschnittliche Betrag der auszubehaltenen Unterstützung, infolge der seit 1. Januar 1910 vorgenommenen Einrechnung der lokalen Zuschüsse, eine erhebliche Steigerung erfahren. Während das vorige Quartal einen durchschnittlichen Unterstützungsbetrag von 18,69 Mk., das Vergleichsquartal des Vorjahres einen solchen von 21,20 Mk. zu verzeichnen hatte, entfallen auf das Berichtsquartal 23,87 Mk.

Von den einzelnen Gauen hatte wieder der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit mit 33,7 Proz. der Mitglieder. Es folgen dann die Gauen: Danzig 22,2, Hamburg 22,2, München 21,2, Frankfurt 17,0, Hannover 16,6, Stettin 14,9, Dresden 14,7, Düsseldorf 13,4, Magdeburg

13,0, Breslau 12,1, Leipzig 11,5, Nürnberg 10,0, Stuttgart 9,4 und Erfurt 8,0 Proz.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Vierteljahres mit 2,3 Proz. wird überschritten von den Gauen Berlin mit 4,8, Hamburg mit 3,2 und Danzig mit 2,8 Proz.

Den Höchstfuß der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Nürnberg mit 69,2 Proz., dann folgen die Gauen Magdeburg mit 63,5, Breslau 58,1, Stuttgart 53,2, Erfurt 51,2, Leipzig 51,1, Dresden 51,0, Hannover 43,9, Frankfurt 40,8, Stettin 40,3, Düsseldorf 38,3, Danzig 32,1, Hamburg 31,5, München 28,6, und Berlin 25,2 Proz.

Unter dem Gesamtdurchschnitt von 36,2 Proz. bleiben die Gauen Berlin mit 25,2, München mit 28,6 und Danzig mit 32,1 Proz. Die Durchschnittszahl der unterstützten Tage, sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind am höchsten im Gau München mit 18,9 Tagen und 30,13 Mk. Unterstützung. Die niedrigste Tagesziffer weisen die Gauen Erfurt und Stuttgart mit 12,0 unterstützten Tagen auf, während der niedrigste Unterstützungsbetrag auf den Gau Stettin mit 10,11 Mk. entfällt. Der allgemeine Durchschnitt beträgt 14,2 Tage Arbeitslosigkeit und 23,87 Mk. Unterstützung.

Die Ausgabe für Reiseunterstützung ist von 19 960 Mark im vierten Quartal 1909 auf 19 272 Mk. im Berichtsquartal gefallen; gegen das Vergleichsquartal des Vorjahres ist die Reiseunterstützung um 2667 Mk. zurückgegangen.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schluß fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand

Verleger an Stelle des verstorbenen Verfassers neu be-
arbeitet und ergänzt worden. Allgemein begrüßt dürfte
werden, daß im Anhang die Geschäftsordnung des Reichs-
tags in ihrem wesentlichen Teile abgedruckt worden ist,
die Vorbildlich für andere Versammlungen geworden ist.
Allen, die reden oder Medner werden wollen, ist das Buch
bestens zu empfehlen.

Briefkasten.

Schrobenhausen, D. Sturm. Die Zahl der „Stim-
men zum Verbandstage“, die uns zugehen, ist so groß und
die Einsendungen sind meist so umfangreich, daß notwen-
digerweise alles Ueberflüssige in den Beschriften gestrichen

werden muß. Wir sind bestrebt, alle Einsendungen zum
Vortommen zu lassen, es läßt sich aber nur durch die
vorgenommenen Streichungen ermöglichen, wobei wir dar-
auf Rücksicht nehmen, daß kein ausgesprochener Gedanke
verloren geht. — Es läßt sich übrigens nicht vermeiden,
daß, wie es auch diesmal wieder der Fall ist, abgefeilte
Manuskripte für die folgende Nummer zurückgestellt werden
müssen.

Coburg, J. S. Wir nehmen an dieser Stelle Notiz
davon, daß Sie von Herrn Tigges in Welsen-
Kirchen, der in Nr. 14 und 15 der „Holzarbeiterzeitung“
Weizer und Kollerer suchte, keine Antwort bekommen konn-
ten, obwohl Sie Ihrer Offerte eine Retourmarke beigelegt
halten und dann noch einmal mittels Karte mit Rückant-
wort reklamierten.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg).

Den Ortsverwaltungen hiermit zur Nachricht, daß die
Jahresabrechnung nebst Bilanzen, letztere zur unentgelt-
lichen Abgabe an die Mitglieder, die Vorlagen zur nächsten
Generalversammlung sowie die Akten zur Vorrichtung
für Abgeordnete zu derselben an alle Verwaltungsstellen
versandt sind. Sollte nach einigen Orten die Sendung
nicht gelangt sein, so ersuchen wir um sofortige Benach-
richtigung, damit wir die Nachsendung veranlassen können.
Die Bevollmächtigten ersuchen wir, die Sendungen
sogleich zu öffnen. Der Vorstand, J. M. G. Blum e.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1909.

Table with columns: Einnahme, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt, Ausgabe, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt. Includes sub-sections for 'Einnahme' and 'Ausgabe' with various financial entries and a final 'Summa' row.

Richtig.

Gesamteinnahme 8442 310,48 M.
Gesamtausgabe 8372 711,91
Mehreinnahme 69 598,57 M.
Fritz König, Kassierer

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: Karl Klingner, C. Noblenger, Felix Leopold.

Am Schlusse des vierten Quartals zählte der Verband
825 Zahlstellen, das sind 7 mehr als im dritten Quartal
und 14 mehr als am Schlusse des Jahres 1908.

Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres 1909
um 7568 vermehrt und betrug am Schlusse des vierten
Quartals 151 827. Davon waren 148 451 männliche, 8204
weibliche und 109 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem
dritten Quartal sind dies 223 männliche, 173 weibliche
und 25 jugendliche Mitglieder mehr, während die Zunahme
gegenüber dem Vorjahr 7 219 männliche, 237 weibliche und
112 jugendliche Mitglieder beträgt.

Von den größeren Zahlstellen hatten im vierten Quar-
tal folgende eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen:
Danzig 22, Elbing 19, Königsberg 38, Stolz 30, Frei-
burg i. Schl. 21, Liegnitz 15, Posen 28, Finsterwalde 35,
Landesberg a. W. 28, Rixdorf 75, Reichensee 69, Wittem-
berge 25, Brand 15, Cunnersdorf 16, Dresden 93, Birna
51, Mies 18, Johannegeorgenstadt 29, Leipzig 226, Schmöln
28, Weidau 18, Wittau 20, Reib 53, Koburg 15, Eisenach 28,
Mühlhausen i. Th. 15, Gläselen 28, Magdeburg 27, Bremer-
haven 36, Hamburg 290, Kiel 45, Bielefeld 88, Cassel 22,
Detmold 10, Wittingen 17, Düsseldorf 160, Elberfeld 24,
Wald 25, Hanau 24, Kaiserlautern 40, Kirch 51, Lauf
25, Nürnberg 435, München 183, Straßburg 29, Stuttgart
80, Ulm 24.

Dagegen haben folgende Zahlstellen einen Verlust von
Mitgliedern aufzuweisen:

Stettin 22, Breslau 31, Götting 18, Langensl. 18,
Berlin 483, Cöpenick 15, Lützenwalde 114, Wauzen 41,
Erfurt 29, Golha 34, Lauterbach 35, Wernburg 26,
Braunschweig 23, Dessau 10, Halle 78, Wernigerode 27,
Helsburg 35, Lüneburg 17, Neumünster 17, Gelle 24,
Hannover 29, Hildesheim 21, Ochsenhausen 25, Dortmund
33, Dulsburg 17, Gelsenkirchen 17, Köln 24, Krefeld 15,
Frankfurt a. M. 63, Heidelberg 42, Höchst 60, Ludwigsh-
afen 41, Mainz 45, Mannheim 65, Bamberg 16, Regens-
burg 25, Augsburg 17, Freiburg i. B. 18, Karlsruhe 32,
Pforzheim 45, Schramberg 22, Ruffenhansen 17.

Neu aufgenommen wurden im vierten Quartal 9655
männliche (8823 im dritten Quartal 1908), 470 (232)
weibliche und 50 (24) jugendliche Mitglieder, im ganzen
Jahre 38 719 (32 038) männliche, 1458 (1251) weibliche und
175 (67) jugendliche, zusammen 40 352 (33 356) Mitglieder,
die Zunahme an Mitgliedern beträgt aber nur 7568, folg-
lich sind 32 784 Mitglieder im Jahre 1909 (36 589 im Vor-
jahr) durch Austritt, Todesfall, Streichung usw. dem
Verbande verloren gegangen.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge be-
trug im vierten Quartal 882 005 M., im vorausgegangenen
dritten Quartal 842 344 M. Im vierten Quartal 1908
wurden 802 200 M. für Beiträge vereinnahmt.

Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem
Quartal 1 742 293 Beiträge, von den weiblichen Mitglie-

bern 30 624 Beiträge und von den jugendlichen Mitglie-
dern 1812 Beiträge entrichtet. Hiernach entfallen auf das
einzelne männliche Mitglied 11,7 Beiträge, gleich 90 Proz.
des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied
12,4 Beiträge, gleich 95,4 Proz. des Vollbeitrages und auf
das einzelne jugendliche Mitglied 10,7 Beiträge, gleich
82,3 Proz. des Vollbeitrages.

Für das ganze Jahr 1909 beträgt die Gesamtsumme
der vereinnahmten Beiträge 3 250 335 M. (3 218 850 M.
im Vorjahre), wovon 3 175 1 M. (3 584 M.) auf die
weiblichen und 1292 M. (652 M.) auf die jugendlichen
Mitglieder entfallen. Die Mitgliederzahl im Durchschnitt
der vier Quartale betrug 145 780 (143 125) männliche,
3034 (3103) weibliche und 129 (49) jugendliche, es ent-
fällt demnach auf das einzelne männliche Mitglied eine
Beitragssumme von 22,1 M., gleich 85 Proz. des Voll-
beitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 11,45 M.,
gleich 88,1 Proz. des Vollbeitrages und auf das einzelne
jugendliche Mitglied 10,91 M., gleich 77 Proz. des Voll-
beitrages.

An Extrabeiträgen gingen im Jahre 1909 90 330 M.
ein, davon entfallen für die Schweden 42 575 M., rüd-
fändige Extrabeiträge vom Jahre 1907 38 561 M. und
9194 M. wurden anlässlich der diesjährigen Tarifbewe-
gung zur Stärkung der Hauptkasse von einigen Zahl-
stellen eingewandt.

Unter den Ausgaben des Jahres 1909 steht auch dies-
mal die Arbeitslosenunterstützung mit 727 002 M. an der
Spitze. Gegen das Vorjahr ist dieselbe um 206 603 M.
gleich 22,1 Proz. zurückgegangen. Die Reiseunterstützung
ist gegen das Vorjahr um 28 536 M., gleich 19,9 Proz.,
die Krankenunterstützung um 33 962 M., gleich 5,7 Proz.,
und die Gemahregelunterstützung um 11 293 M., gleich
21,2 Proz., zurückgegangen. Erhöht dagegen haben sich die
Streikunterstützung gegen das Vorjahr um 300 722 M.,
gleich 110 Proz., die Unterstützung in Sterbefällen um
3 890 M., gleich 8,2 Proz., und die Umzugsunterstützung
um 3300 M., gleich 9,1 Proz.

Von der Reiseunterstützung entfallen 11 058 M.
(12 065 M. im Vorjahre) auf die Ausfallunterstützung.
Dieselbe wurde an 8468 (8933) Empfänger ausgezahlt,
und zwar an 642 je für drei Tage, an 1006 je für zwei
Tage und an 5920 je für einen Tag. Von den Empfän-
gern entfallen auf die in Betracht kommenden Zahlstellen:
Berlin 1122, Breslau 116, Dresden 375, Hamburg
772, Köln 761, Leipzig 609, München 602, Bremen 448,
Ehemnik 157, Düsseldorf 500, Elberfeld 202, Frankfurt
a. M. 615, Halle 180, Hannover 602, Königsberg 12, Mag-
deburg 121, Nürnberg 374, Stettin 188, Straßburg 83 und
Stuttgart 430.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1909 ergibt eine
Mehreinnahme von 69 598 M. und einen Bestand für
das Jahr 1910 von 1 977 235 M. Mit den Beständen der

Gau- und Lokalkassen stellt sich der Vermögensbestand am
Jahreschlusse wie folgt:

Table with 2 columns: Category, Amount. Includes: Verbandskasse 1 977 235,18 M., Gaukassen 4 828,66, Lokalkassen 1 452 754,98, Insgesamt 8 484 818,72 M.

Gegen das Vorjahr mit 8 147 607 M. Vermögens-
bestand ergibt sich also eine Vermehrung desselben um
288 706 M., wovon auf die Lokalkassen 220 291 M. ent-
fallen.

Anschließend hieran bringen wir wieder eine Zu-
sammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Table with columns: Category, Amount. Includes: Einnahmen: Kassenbestand vom vierten Quartal 1908, 20 Prozent der Verbandsbeiträge, Lokalkassenbeiträge, Einnahmen für Vergütungen, Sonstige Einnahmen, Guthaben von der Hauptkasse. Ausgaben: Lokalkassen im Jahre 1909, Reiseunterstützung an Reisende, Arbeitslose, Streikende, Kranke, Gemahregelle, etc.

Rassenbestand für das erste Quartal 1910:
Angelegt 1 316 900,45
In bar 135 764,48
Zusammen 1 452 754,98

Zusammen 8 484 818,72 M.
Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr. Sektionsversammlung der Modell- und Fabrikarbeiter im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal A.

Anzeigen.

Fliegen. Bediensteter Karl Wagner, Eschardstraße 25, Kasseler Amal Schindl, Eschardstr. 28, daselbst Kleinfuhrunterstützung und Arbeitsnachweis. Unzulässig verboten.

Wiedbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 23, vorn part. Anzeigen für freigeblieben verboten. Die Kleinfuhrunterstützung ist im Gewerkschaftshaus, Eschardstraße 41, ausbezahlt. Ein Wochenende abends 7-9 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Jakob Obholzer, Schreiner, geb. 30. 1. 1886, in 41, wird ersucht, seine Adresse an seine Mutter, Frau W. Obholzer, Bad 213, Mühlbergstr., einzulenden.

Heinr. Rizze, 10. 2. 1885 zu Werden, wird aufgefordert, seinen Verbleib in der Zahlstelle Wiedbaden nachzutragen. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort wissen, werden um die Adresse gebeten. H. Rosal, Wiedbaden, Al. Mühlbergstr. 2.

Paul Richter, Schreiner, Buchnummer 428 211, und **Friedr. Karpentir**, Schreiner, Buchn. 21830, werden ersucht, ihre Verbleibungen in der Zahlstelle Wiedbaden nachzutragen. Kollegen, die deren Aufenthaltsort wissen, werden um die Adresse gebeten. D. Gullong, Wiedbaden, Pfalz, Mühlbergstr. 88.

Otto Pape, Tischler, geb. 2. 7. 1871 zu Biedingen, sende sofort seine Adresse an Heinrich Jagemann, Braunschweig, Wilhelmstr. 14.

2 bis 3 tüchtige, ältere Möbelschreiner und 2 bis 3 tüchtige Polsterer finden dauernde gutbezahlte Stellung bei **Gustav Bühler, Möbelfabrik Spachingen.**

Tüchtige, auf polierte Möbel bewanderte **Schreiner** finden dauernde Stellung. **Möbelfabrik Oberburg A. G. Oberburg bei Burgdorf (Schweiz).**

Möbelschreiner gesucht! Nur erste Kräfte wollen sich melden. **Karl Fredemann, Gummerbach, Rheinl.** 2 tüchtige Tischler auf halbechte Möbel finden Beschäftigung bei **Franz Richter, Möbelfabrik, Roda (Sachsen).**

2 tüchtige **Baufert** und einen **Schreibstischmacher** verlangt sofort **Otto Mittelstädt, Gr. Schönebeck i. d. M.**

Maschinentischler gelernter Bau Tischler, mit allen Maschinen vertraut, in dauernde Stellung gesucht. **Walther Thwand, Bellerfeld (Sax).**

Mehrere tüchtige, selbständig arbeitende **Kastenschreiner** werden für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn und Reisevergütung gesucht. **Ludw. Rathe & Sohn, Lugschwagen- und Karosseriefabrik Halle a. Saale.**

Wir suchen mehrere tüchtige **Kastenschreiner** für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn **Ludw. Rathe & Sohn, Lugschwagen- und Karosseriefabrik Halle a. Saale.**

Strebsamer Möbelpolsterer sucht zum 1. Mai oder später dauernde Stellung auf in besserer Möbelfabrik, wo verschiedene Holzarten poliert werden. Am liebsten nach Süddeutschland oder Schweiz. Gest. Offert. bis 1. Mai unter D. P. 500, Hauptpost. Bonn a. Rh. erbeten.

Tüchtige **Stuhlpolsterer** finden dauernde, gutlohnende Beschäftigung. **Bienenmüller Holzwerke Sauerzapf & Co. Bienenmühle, Bez. Dresden.**

Maschinenarbeiter für Kreisfräse und Fräse, sowie 2 **Ritzmaschinen** finden dauernde gut bezahlte Stellung. **F. C. Kuppenau, Wargteheide, Holstein.**

Sägemüller

mit langjähriger Praxis in inländischen und überseeischen Edelholzern, im Betriebe, Einrichten und Reparaturen durchaus erfahren, firm im Sägen und Kreisfräsen vorzuziehen. Sucht, gestützt auf Zeugnis, per Post od. später Stellung, auch als Sägenbortrichter in einer Tischlerei. Werte Offert. unter H. S. 204 a. d. Exp. d. Holzarbeiter-Zeitung Berlin erb.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Hamburg. Bureau: Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57 III. Telefon: Amt V, 298.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß im Zahlstellengebiet nur der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen ist.

Der **Arbeitsnachweis** der Hamburger Tischler-Zunft ist still zu stellen! Das Umschauen ist nicht gestattet!

Jeder im Zahlstellengebiet in Arbeit tretende Kollege muß einen Ausweis seitens unseres Arbeitsnachweises im Besitz haben.

Der **Arbeitsnachweis** befindet sich nur im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, Hintergebäude. Sprechstunde: Erdgeschoss. Vermittlungszeit von 10 bis 12 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger **Stuhlpolsterer** für bessere Stühle für sofort und dauernd gesucht. **Starke & Wettrabe, Dresden N., Industriestr. 28.**

Tüchtiger **Drechsler** auf Massenartikel sofort gesucht. **Paritätischer Arbeitsnachweis Detmold.**

Jüngerer **Drechsler** sofort gesucht. **H. Stuge, Drechslerei mit Kraftbetrieb, Reppeln i. Weckl.**

Tüchtiger **Holzschreiner** auf feste für dauernde Beschäftigung gesucht. **Heinrich Korb, Cronenberg (Verghausen) Rheinl.**

Infolge Betriebsvergrößerung suchen wir noch einige geliebte **Parquett-Drechsler** auf Federhalter, sowie **Holz-Drechsler** auf Federhalter. **Heidelberger Federhalterfabrik Koch, Weber & Co., Heidelberg-Sandshausheim.**

3 **Korbmacher** auf Großgeschlagen werden für sofort gesucht. **Carl Weyt, Korbfabrik Mühlberg a. S.**

Ein junger **Korbmacher**, tüchtig auf Meißelröße, erhält sofort oder später dauernde Stellung bei hohem Lohn. **H. Polenz, Einbeck, (Hallenplan) Hannov.**

Gestellarbeiter auf **Rebighmöbel** stellt sofort ein **Deutsche Rohrmöbelfabrik, Brandenburg a. S.**

Tüchtiger **Gestellarbeiter**, welcher auch auf **Rohrförde** arbeitet, sofort auf dauernde Arbeit gesucht. **Süddeutsche Rohrwaren-Industrie, Ferd. Althoff, Nürnberg.**

1 **Stellmachergefelle** sucht zum baldigen Antritt **Nich. Jungfer, Stellmacherei mit Motorbetrieb Landesgut i. Schl., Am Bahnhof.**

Pantinenmacher, Nagler, findet sofort dauernde Arbeit. **Heinr. Ahrens, Pantinenfabrik, Brome, Hannover.**

Tüchtige **Vorkensurichter** und **Mischer**, sowie **Schlitten- und Freihandbohrer** sofort gesucht. **Dortmunder Pfaffenwaren-Fabrik G. m. b. H., Dortmund.**

Geliebte und solide **Weger** und **Einzieher**, sowie einige **Mischer** finden dauernde Stellung bei gutem Lohn. **Schade & Co., Wiesel- und Würstenfabrik Quakenbrunn, Prov. Hannover.**

Für Tischler!

Die von meinem verstorbenen Manne mietweise innegehabten Werkstätten im Hause Weenderstr. 17 in Göttingen, können mit der gesamten Tischler-Einrichtung, mit oder ohne die Holzholzvorräte, sofort oder zum 1. Juli d. Jhrs. übernommen werden. (Zwei Gesellen sind unter den bisherigen Bedingungen gewillt, bei eventl. Übernahme weiterzuarbeiten.) **Ww. Ottilie Niemeyer.**

Billiges Holz.

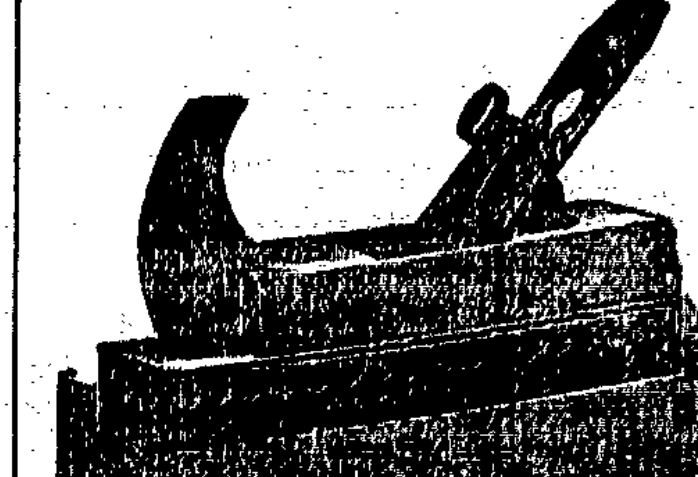
Wir offerieren circa 2000 Festm. **Thür. Buche** in Rollen, von 20 cm an aufwärts, schöne milde Ware, sowie ferner circa 180 Festm. **trödene, zum größten Teil vollkommen astreine Eiche (ruff. Prov.)**

in Stärken von 26-50 mm zum äußersten Preis von 88 Mk. pr. cbm. Desgleichen mehrere gebrauchte, aber gut erhaltene **Holzbearbeitungsmaschinen, Vorgelege und Transmissionen usw. gegen sofortige Rasse.** **Martin Moldenhauer & Sohn, Dresden 19.**

NB. Rührige Vertreter werden überall angenommen. **Das beste Handwerkerleberbuch ist „Wanderluft“**

Enthält 214 alte und neuer Freiheits-, Wander-, Handwerker- und Kundenleber Preis 50 Pf. Bei größeren Abnahmen billiger zu beziehen von Otto Kaufmann, Berlin W. 86, Köpenicker Str. 311.

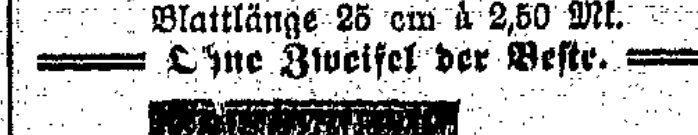
Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 866 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhbl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.



Reform-Putzhobel „Matador“ gelehrt gefertigt, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franco. **Gebr. Genuit, Cassel 12.**

Leim-Wärm- u. Trockenöfen Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. Leimkessel u. Zink-Zulagen etc. in bester Ausführung billigst. **Marlin Moldenhauer & Sohn, Dresden 19.** NB. Nachweis wird honoriert.

Neu! **D. R. G. M.** Neu! **Fuchsschwanz, zweischneidig** Blattlänge 25 cm à 2,50 Mk. Eine Zweifel der Beste.



Spezialgeschäft amer. und engl. Tischler- und Bildhauer-Werkzeuge: Abziehsteine, Reformhobel und Neuheiten. Jeder verlange: ::: sofort neue Preisliste gratis von ::: **Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Doppelstr. 81.**

Ersatz des Fachschulbesuches

Selbstunterrichtswerke System **Karnack-Hachfeld: Zimmermeister, Holzbildhauer, Kunst- u. Möbelschreiner, Bautischler.** Anerkennungs-schreiben und Ansichtsendungen bereitwilligst ohne Kaufzwang. **Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10**

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager h. **Himstedt, Hamburg, Lge. Mühen 86/87, Preisl. z. Dienst.**

Abziehsteine, Deutsches Reich-Patent Nr. 168431, unerschöpflich in Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Bis zum letzten Brocken zu verbräunen. Größe der Schleif- 50x220 mm Preis 4 Mk. und 45x175 mm Preis 2,50 Mk. Patentierte Schleifsteine in jed. Größe u. Härte vorrätig. Versand geg. Nachnahme. Lohnender Zeitel. Vertreter überall gesucht. **Gebrüder Glaser & Co., Schmitzgerwaren-Fabrik, Altona, Langensfelderstr. 45.**

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.**

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Zwischen 1. und 2. Aufl.) über 2000 Weltreisen. 3 Karten. Gebund. Mk. 1,50. Zu beziehen durch **A. Scherm, Stuttgart, u. alle Buchh.**

B. Kolscher's :: **Fachschule Detmold** :: für Tischler u. für gewerbliche Zeichnen. Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse.

In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion. **B. Kolscher.**

Tischler-Fachschule Blankenburg am Harz. 1 bis 18 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Zeichner und Buchhalter, anschließende staatliche Meisterprüfung. Kostenlose Stellenvermittlung. Programm frei. **Direktor Meineling.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. **Krahenweg 14. Dir. Carl Malbaum.**

Tischler-Fachschule Detmold gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Große Hör- und Zeichen-Säle. ::: Werkstätten. ::: Programme frei. ::: **DIREKTOR BRECHT.**

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. Kunst- u. Technik, Zeichner (Sonor. mäßig). **Direkt. Max Gempelein, Kronprinzengasse 6.**



Biegler's Patent Nr. 203822 Diese Heilmittel für Binde- u. Hornhauterkrankungen zu kaufen ist ein Vorteil. Durch alle einricht. Geschäfte zu bezahl. **Gögen- u. Werkzeugfabrik Biegler, Mühlberg.**

Paul Horn, Poltur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht: **eine sofortige Porenfüllung** man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt edlen, unverschleierten, glanzvollen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelanschwitzen, Rissigwerden der Polturdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Poltur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzweiches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren 1 " allerfeinsten Poltur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw. 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“ 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1 " Bismut-Polierpulver, hellbraun 1 Tube Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à 8 Mark. **Mein Lehrbuch** über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Melmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann-München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei, Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft m. b. H. in Berlin. Druck: Romäris Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 88.